

„Antinomien des demokratischen Friedens“

Harald Müller

Sowohl die monadische als auch die dyadische Version der Theorie vom „demokratischen Frieden“ beziehen ihre Annahmen über die zu Grunde liegenden Kausalitätsmechanismen aus diversen Metatheorien, aus dem Rationalismus, dem Konstruktivismus und dem Institutionalismus. Eine genaue Analyse ihrer Kausalitätsannahmen zeigt, dass die Beziehung zwischen Demokratie und friedlichem Verhalten nicht derart zwingend ist, wie es die Theorie suggeriert. Dieses Urteil gilt, wenn man die aus den einzelnen Metatheorien abgeleiteten Kausalitätsmechanismen gesondert betrachtet, und noch mehr, wenn man ihre Wechselwirkung analysiert. In beiden Fällen lassen sich Hypothesen ableiten, die entweder „demokratiespezifische“ Gründe für ein aggressives Verhalten gegenüber Nichtdemokratien vorhersagen oder solche, die auf eine Neutralisierung der besonderen kriegsverhütenden Empathie hinauslaufen, die Demokratien der Theorie gemäß im Verhältnis zueinander entwickeln. Beide Versionen der Theorie enthalten also Antinomien; die Theorie ist unterspezifiziert. Eine wichtige Aufgabe besteht darin, die Kontextbedingungen herauszuarbeiten, unter denen Demokratie tatsächlich die behauptenden friedenserhaltenden Effekte im Wechselverhältnis der Demokratien oder sogar erga omnes hervorbringt.

1. Einleitung¹

Das Konzept „Antinomien des demokratischen Friedens“, das dem laufenden Forschungsprogramm der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung² zu Grunde liegt, untersucht die Brüche und inneren Widersprüche der Theorien vom demokratischen Frieden. Es ist doppelt motiviert. Zum einen handelt es sich bei den Theorien vom demokratischen Frieden um den Versuch, einen der wichtigsten, wenn auch noch umstrittenen empirischen Befunde in der Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen der letzten dreißig Jahre zu erklären. Zum anderen hat diese Theorie eine beträchtliche politisch-praktische Wirkung erzielt.

Die Theorien vom demokratischen Frieden (ein vorzüglicher Überblick: Geis 2001) liegen in zwei – in ihren Kausalitätsannahmen eng verbundenen – Varianten vor. Die „monadische Theorie des demokratischen Friedens“ behauptet, dass Demokratien (für die Definitionselemente vgl. Hanf 1999: Teil 1) friedfertiger seien als andere staatliche

1 Für weiterführende Kritik und Kommentare habe ich zu danken: Lothar Brock, Andreas Hasenclever, Gunther Hellmann, Volker Rittberger, Niklas Schörning, Stephan Nitz sowie allen Mitgliedern meiner Forschungsgruppe: Una Becker, Alexander Kellee, Bernd W. Kubbig, Berthold Meyer, Annette Schaper, Hans-Joachim Schmidt, Simone Wisotzki sowie den beiden anonymen Gutachtern der PVS.

2 <http://www.hsfk.de>; <http://www.prif.org>

Formen. Die „dyadische Theorie des demokratischen Friedens“ unterstellt hingegen, dass Demokratien sich ausschließlich *gegeneinander* auffällig friedlich verhielten. Beide Varianten zählen zu den am erfolgreichsten popularisierten Ergebnissen staatsphilosophischen und politologischen Denkens der Moderne. Präsident Wilsons aktive Demokratisierungspolitik, die zunächst durch den amerikanischen Isolationismus, später durch die düsteren Erfahrungen der dreißiger und vierziger Jahre in intellektuelle Ungnade gefallen war, wurde in den achtziger und neunziger Jahren rehabilitiert. Die aktive Förderung von Demokratie – Demokratisierungshilfe oder auch Demokratisierungsdruck – steht heute an der Spitze der Ziele westlicher Außenpolitik. Sie fehlt in kaum einer richtungweisenden außen- und sicherheitspolitischen Rede des amerikanischen Präsidenten und hat Einzug in die Bestimmungen über die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik im Maastricht-Vertrag gefunden (Teil V, Art. J.1, 2). Neben normativen Begründungen gilt die ordnungsstiftende, friedenserhaltende Wirkung der Demokratie nach außen als wichtigste Rechtfertigung.

Über sich selbst Gutes zu hören, ist stets angenehm. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die an Kant anknüpfende Debatte über den demokratischen Frieden in den westlichen Demokratien so willig aufgegriffen wurde. Die politische Öffentlichkeit nahm die weniger guten Nachrichten jedoch nicht mit gleicher Bereitwilligkeit zur Kenntnis: Das gerade in der deutschen Politikwissenschaft ausgeprägte und besorgte Nachdenken über die Zukunft der Demokratie in einer Ära, in der die funktionalen Handlungszusammenhänge, auf die sich Politik bezieht, sich aus den Grenzen des Territorialstaats längst herausbewegt haben (Brock/Albert 1995: 259–285), während die demokratischen Identitäten und Entscheidungsstrukturen historisch – und nach manchen Auffassungen notwendigerweise (Graf Kielmansegg 1996: 47–72) – an eben dieser Territorialität haften. (Die Literatur zu diesem Thema ist mittlerweile nahezu unüberschaubar. Exemplarisch sei verwiesen auf Weidenfeld [1996] sowie Greven [1998]; auf der eher optimistischen Seite Zürn [1998] sowie Schmalz-Bruns [1999: 185–244].) Zwar ist dieser Trend nicht soweit fortgeschritten, dass sich die Differenz zwischen Demokratie und Diktatur verwischen würde; da die Kausalmechanismen der Theorien des demokratischen Friedens (s.u.) aber allesamt in der Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie wurzeln, die Entscheidungen über Krieg und Frieden direkt oder indirekt zu kontrollieren, wirft die schleichende Entdemokratisierung die Frage auf, ob die Grundlagen des demokratischen Friedens allmählich verloren gehen könnten.

Andere Fragen drängen sich aus der empirischen Forschung über den „demokratischen Frieden“ auf. Da ist zum einen die von der herrschenden Meinung getroffene Feststellung, dass Demokratien sich in ihrem Verhalten *erga omnes* keineswegs als friedlicher erweisen als Nichtdemokratien (vgl. u.a. Rittberger 1987: 3–12; Gleditsch 1992: 369–376; de Mesquita/Lalman 1992; Russett 1993: Kap 3). Dieser nüchterne Befund – der freilich von einer Minderheit bestritten wird, die nach wie vor die monadische Theorievariante vertritt (Rummel 1995; Czempiel 1996: 79–102; Benoit 1996: 636–657; Ray 1995, 1997; Siverson 1995; Oneal/Ray 1997; Maoz 1997; Rioux 1998; Russett/Oneal 2001) – darf nicht einfach nur zur Kenntnis genommen werden. Er stellt ja die Argumentation der liberalen Theorie vom demokratischen Frieden, die *prima facie* plausibel und kohärent aussieht und die, wie häufig übersehen wird, *beiden*

Varianten zu Grunde liegt, fundamental in Frage. Für das Selbstverständnis und die Friedensfähigkeit der Demokratien ist es von größter Bedeutung zu verstehen, wo die Fehler in der Theorie liegen, die diesen Widerspruch zwischen Theorie und Empirie produzieren.

Die These von der *wechselseitigen* Friedfertigkeit der Demokratien ist in der empirischen Forschung weitaus besser weggekommen. So gut, dass ihr die seltene Qualifikation eines „empirischen Gesetzes internationaler Beziehungen“ zuerkannt wurde; dies kann heute als herrschende Meinung gelten (Levy 1988: 653–677, hier 661f.; ders. 1989: 174–208; Russett 1993; Bremer 1992: 309–341; Rousseau/Reiter/Huth 1993: 512–534). Die Mindermeinung weist auf die angebliche statistische Insignifikanz der Ergebnisse zum demokratischen Frieden, auf empirische Gegenbeispiele und auf alternative Erklärungen hin (Elman 1997; Layne 1994: 5–49). Ihren Anstrengungen verdanken wir Hinweise auf und Studien über eine Reihe von Grenzfällen – Fast-Kriege wie die Fashoda-Krise, bewaffnete Aggression wie die Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich 1923, Gewalthandlungen auf niedrigem Niveau wie diverse Fischerei-Scharmützel, Interventionen mit relativ geringer Zahl an eigenen und fremden Opfern –, die durchaus Anlass bieten, nach den Stabilitätsbedingungen und den Grenzen auch des „dyadischen“ demokratischen Friedens zu fragen (außer den in der vorigen Anmerkung genannten Studien vgl. Kegley/Hermann 1996: 309–322; Maoz/Russett 1992: 245–267). Russett/Oneal (2001), die neben „Kriegen“ auch militarisierte Dispute in ihre Studie einbezogen haben, sehen auch in der dyadischen Variante einen probabilistischen, keinen absoluten Nexus.

Monadische und dyadische Theorieversionen stützen sich auf gleiche oder ähnliche Annahmen über die Kausalmechanismen, die von den politischen Strukturen zu dem unterstellten Außenverhalten führen: utilitaristische Orientierungen der Bürger; normative Orientierungen der Bürger; der besondere Charakter demokratischer Institutionen, der die Vorbereitung von Angriffskriegen erschwere; die Bereitschaft der Demokratien zur Entwicklung wechselseitiger Abhängigkeiten und zur Einordnung in internationale Organisationen. Diese Annahmen werden weiter unten noch ausführlicher erörtert.

Für den weiteren Gang der Argumentation ist wichtig, dass die monadische Theorievariante zwar empirisch nicht bestätigt, die theoretischen Annahmen aber nicht bestritten, als inkohärent abgetan oder widerlegt worden sind. Bis auf weiteres müssen sie daher als nach wie vor plausible und brauchbare Hypothesen geführt werden (Czempiel 1996a, 1996b). Die dyadische Variante ruht selbst auf diesen Annahmen, fügt diesen lediglich noch eine konstruktivistisch informierte, perzeptuell-interaktionistische Annahme hinzu: dass Demokratien die in der monadischen Theorievariante unterstellten Attribute wechselseitig erkennen und aus dieser Erkenntnis heraus Empathie, Vertrauen und die Norm des wechselseitigen Gewaltverbots entwickeln (Owen 1994; Risse-Kappen 1995). Diese Annahme führt schlüssig und zwingend zur prognostizierten Wirkung – friedfertigem Verhalten – jedoch nur dann, wenn die Kausalitätsannahmen der monadischen Theorie aufrechterhalten werden. Es lässt sich also nicht einfach die dyadische Theorie auf Grund der empirischen Befunde akzeptieren, die monadische verwerfen. Da die Argumentationslogiken beider weitgehend identisch sind, wird die dyadische Theorie von Zweifeln an der Stimmigkeit und Richtigkeit der monadischen erheblich in Mitleidenschaft gezogen.

Diese Fragen sind umso dringlicher, als die Selbstgewissheit der eigenen systemischen Überlegenheit das Außenverhalten der demokratischen Staaten vor allem im Feld der „humanitären Intervention“ zu prägen begonnen hat (Spiro 1994: 50–86, hier 80; Galtung 1996: 49–59; Remacle 2000: 55–63).

Im Folgenden geht es mir darum, den Begriff der Antinomie konzeptionell zu klären und zu beginnen, unser Feld – die Theorien des demokratischen Friedens – mithilfe der so gewonnenen Konzeption zu untersuchen, d.h. die darin enthaltenen Antinomien zu identifizieren. Diese Theorien stellen jeweils einen – wenn auch komplexen und auf verschiedene Theoriestränge zurückgreifenden – kompakten Satz von Argumenten dar, die aus Systemmerkmalen demokratischer Gemeinwesen ein bestimmtes Außenverhalten ableiten. Prima Facie wirken sie in der monadischen wie der dyadischen Theorievariante kohärent.

Die Untersuchung der Antinomien der Theorien möchte die von zunehmender Sterilität bedrohte Debatte zwischen deren „Bestätigung“ und „Widerlegung“ – so sinnvoll sie zunächst auch war – überwinden. Es geht hier um die Prüfung der Kohärenz des theoretischen Gebäudes. Die in der Empirie aufgespürten „Unregelmäßigkeiten“ bieten Anlass, die diversen Kausalmechanismen, die das argumentative Gerüst der Theorien bilden, daraufhin zu untersuchen, ob sie so zweifelsfrei und zwangsläufig, wie die Theorien vom Demokratischen Frieden dies annehmen, friedliches Außenverhalten produzieren. Der Analyse der Antinomien schließt sich der Versuch an, die Kausalmechanismen, auf die die Antinomien verweisen nochmals zu identifizieren und zu klassifizieren. Eine kurze Diskussion der Bedeutung der Antinomien für Demokratisierungsprozesse schließt sich an.

Trifft die Vermutung zu, dass die zunächst kompakt, kohärent und überzeugend wirkenden Theorien Antinomien enthalten, die sich aus ihren Annahmen über Kausalmechanismen ableiten lassen (siehe nächster Abschnitt), so wären die Außenwirkungen von Demokratie, demokratischen Dyaden und Demokratisierung weitaus weniger eindeutig determiniert, als dies die Theorien vom demokratischen Frieden nahe legen. Vielmehr müssten wir damit rechnen, dass wir in der empirischen Forschung über das Außenverhalten von Demokratien auf gegenläufige und widersprüchliche Prozesse stoßen werden.

Erlaubt die Erweiterung der Theorien demokratischen Friedens um das Konzept der Antinomien eine plausible Erklärung der beobachteten empirischen Anomalien und gestattet sie in heuristischer Funktion die Entdeckung und nachvollziehbare Interpretation weiterer empirischer Phänomene, so würde es in einem weiteren Schritt darum gehen, jene Randbedingungen zu spezifizieren, unter denen diese Anomalien sich entfalten. Alternativ ist natürlich im Sinne der „Widerlegung“ stets die Möglichkeit zu prüfen, dass alternative Theorien die Befunde überzeugender erklären können als eine komplexe Theorie des demokratischen Friedens.

Im Erfolgsfalle ist die Anstrengung, Antinomien der Theorien des demokratischen Friedens herauszuarbeiten, nicht nur von theoretischer Bedeutung, indem sie hilft, die Theorie neu zu formulieren. Sie ist auch in praktisch-politischer Hinsicht sehr wichtig, kann sie doch dazu dienen, der Ideologisierung des „demokratischen Friedens“, der Selbstzufriedenheit und Selbstgerechtigkeit der westlichen Demokratien und der Immunisierung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik gegen Kritik entgegenzuwirken.

2. Zum Begriff der Antinomie

Der Begriff der Antinomie hat vor allem in der Transzendentalphilosophie, in der Logik, der Mathematik und der Sprachphilosophie eine bedeutende Karriere gemacht (Kutschera 1971: 394–406; Honderich 1995: 40; Mittelstraß 1980: 31–35). In den Sozialwissenschaften, so auch in der Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen wird er zwar verwandt – vorzugsweise in den Titeln von Aufsätzen und Büchern (Ruggie 1983; Weiss 1999: 59–88) – bezeichnet aber zumeist nichts weiter als einen einfachen Widerspruch. Eine präzise Entwicklung des Begriffs zu theoretischen Zwecken steht aus. Ein entsprechender Ansatz wird hier versucht.

Eine lexikalische Definition nennt Antinomie den „Widerspruch eines Gesetzes mit sich selbst oder den Widerspruch zwischen zwei Gesetzen, die als wahr gelten“. Der Ausdruck „Widerspruch eines Gesetzes mit sich selbst“ erscheint unglücklich; gemeint ist „Widerspruch innerhalb eines Gesetzes“. Die formale Logik bezeichnet als Antinomie „solche Aussagen, aus denen mit den Mitteln der Logik ihre Negation ableitbar ist“. Populärstes Beispiel ist der „kretische Lügner“ (Fuchs-Heinritz u.a. 1994: 46; vgl. auch Kutschera 1971). Die Antinomie bereitet die „ernsthafte logische Schwierigkeit, dass zwei Sätze einander widersprechen, obwohl für jeden von ihnen gleich gute Gründe zu sprechen scheinen.“ (Precht/Burkard 1999: 33) Eine Antinomie zeichnet sich also dadurch aus, dass die Negation des für wahr gehaltenen Satzes nicht bereits deshalb als falsch gelten kann, weil der Satz als wahr gilt.

Wichtig ist an dieser Definition, dass sie Antinomien der Theorie von empirischen Anomalien, also von Abweichungen historischer Prozesse von den Hypothesen der Theorie, unterscheidet. Solche empirischen Anomalien mögen Antinomien signalisieren, sie stellen jedoch selbst keine Antinomien dar. Sie regen dazu an, nach denjenigen strukturellen Ursachen oder prozessualen Dynamiken zu suchen, die den empirischen Befund zu erklären vermögen; diese stellen dann die tatsächliche Antinomie dar, sofern sie der obigen Definition entsprechen.

Die Antinomien sind in der Theorie selbst aufzusuchen. Sozialwissenschaftliche Theorien entwickeln aus ihren Grundannahmen Hypothesen über Abläufe sozialer und politischer Prozesse. Diese Hypothesen zielen darauf ab, die Kontingenz in unserem Denken über diese Prozesse – dass etwas so, aber auch anders ablaufen kann – zu vermindern oder ganz zu beseitigen. Dies geschieht durch Annahmen über Kausalmechanismen. Dabei ist für unsere Überlegungen unerheblich, ob einer quasi-naturwissenschaftlichen Ursache-Wirkung-Abfolge oder einer historisch-soziologischen Pfadanalyse der Vorzug gegeben wird. Entscheidend ist, dass die Vermutung ausgesprochen wird, ein Grund (eine Motivation, eine Systemstruktur, ein einzelnes Ereignis) zeitige eine bestimmte Folge.

Unter Antinomie verstehe ich in diesem Zusammenhang das – möglicherweise unentdeckte – Weiterbestehen kontingenter Entwicklungsmöglichkeiten, deren Ergebnisse zu den Behauptungen der Hypothese der jeweiligen Theorie im Gegensatz stehen, mit den Grundannahmen der Theorie gleichwohl vereinbar sind. Sie sind also theoretische Sätze, die Hypothesen über vermutete reale Prozesse enthalten. Antinomien mögen sich daraus ergeben, dass die vorausgesetzten Annahmen der Theorie andere als den in der Hypothese angegebenen Kausalitätspfad zulassen; es mag sich daraus ergeben, dass

der angegebene Pfad gegensätzliche Ergebnisse hervorbringen kann. Beide Möglichkeiten entsprechen dem Typ „Widerspruch eines Gesetzes mit sich selbst“. Andererseits können komplexe Theorien mehrere Hypothesen beinhalten, die untereinander in Widerstreit treten können. Dies entspräche dem Typ „Widerspruch zwischen zwei Gesetzen“. Antinomien bestehen demgemäß in gegensätzlichen Aussagen über zu erwartende politische Handlungen in derselben Situation, die im Lichte der angewandten Theorie beide plausibel sind.

Die Tatsachenbehauptungen „Demokratien sind friedlicher als Nichtdemokratien“ (monadische Variante) und „Demokratien führen untereinander keine Kriege“ (dyadische Variante) sind aus voraussetzungsreichen Annahmen abgeleitet. Diese Annahmen beziehen sich auf die Kausalmechanismen, mit der die „unabhängige Variable“ „Demokratie“ die „abhängige Variable“ „Frieden“ hervorbringt. Die Kausalmechanismen betreffen u.a. Nutzenkalküle und Werteinstellungen der Bürger, Auswirkungen der Bürgerpartizipation auf politische Entscheidungen, politische Folgen der institutionellen Arrangements in demokratischen Systemen, Konsequenzen der großen Bereitschaft von Demokratien, sich in wirtschaftlichen Austausch zu begeben, Auswirkungen der Bindungsfreudigkeit der Demokratien in Internationalen Organisationen auf normative Orientierungen und wechselseitige Wahrnehmungen. Die Theorie, die das Außenverhalten demokratischer Staaten erklären möchte, ist also keineswegs einfach, sondern komplex. In dieser Komplexität liegt die Möglichkeit zu Antinomien, die dann empirische Abweichungen von der theoretisch abgeleiteten Erwartung prognostizieren. Die Theorie ist im Übrigen auch eklektisch, denn ihre Kausalmechanismen leiten sich aus unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Paradigmata ab, die beanspruchen, die Grundlage für die „Gesetze“ demokratischen Friedens abzugeben. Im Rahmen der Theorien des demokratischen Friedens werden diese unterschiedlichen Ursprünge der „Gesetze“ nicht als unvereinbar und somit konkurrierend, sondern in den wesentlichen Annahmen als kompatibel und somit integrationsfähig behandelt (s.u.).

Dabei ist mit dem Begriff des „Gesetzes“ in den Sozialwissenschaften behutsam umzugehen. Wie im vorigen Abschnitt bereits umschrieben, können wir sinnvollerweise nur von Regelmäßigkeiten sprechen, die mit konstitutiven oder kausalen Variablen und bestimmten Randbedingungen verknüpft sind. Solchen Verknüpfungen können wir im besten Falle Wahrscheinlichkeiten – häufig lediglich ein „mehr“ oder „weniger“ – zuordnen. Dies gilt auch für die – vermuteten – Kausalmechanismen des „Demokratischen Friedens“. Daher wird im Folgenden nicht von „Gesetzen“, sondern von „Hypothesen“ gesprochen. Bei den Tendenzen und Gegentendenzen im demokratischen Außenverhalten und ihren jeweiligen Entwicklungspfaden geht es nicht um quasi-naturwissenschaftliche Zwangsläufigkeiten. Es handelt sich letztlich um unterschiedliche Möglichkeiten des Außenverhaltens von Demokratien, die kontingent sind. Sie treten mit mehr oder weniger großer Wahrscheinlichkeit ein oder unterbleiben. Für die Rahmenbedingungen und Einflussgrößen, die dafür bestimmend sind, sollen in dieser Untersuchung noch keine Hypothesen entwickelt werden.

Die Antinomie ist als Widerspruch „in dem Sinne fundamental, dass er etwas Wesentliches über das System, in dem er entsteht (z.B. [...] über die Struktur einer bestimmten Theorie) aussagt und man ihn durch bloßes Bestreiten einer seiner Seiten nicht eliminieren kann, sondern, wenn überhaupt, erst durch die Änderung der

Grundlage, aus der er entsteht“ (Sandkühler 1990: 147). Das Auffinden von „Antinomien des demokratischen Friedens“ würde also die Notwendigkeit nach sich ziehen, die Befunde in die Theorie zu integrieren und/oder diese gründlich zu ändern.

3. Kausalitätsmechanismen in der monadischen Theorievariante

Von Theorien ist die Rede, weil zwei sehr unterschiedliche Varianten des „demokratischen Friedens“ vorliegen, die monadische und die dyadische. Zwar rekurrieren sie überwiegend auf den gleichen Satz von Kausalitätsannahmen; dennoch unterscheiden sich ihre Kernaussagen und folglich auch ihre Antinomien ganz erheblich (s.u.). Überdies entstammen die Argumente, die für die Identifizierung jener gemeinsamen kausalen Mechanismen innerhalb beider *Varianten* angeführt werden, die Mechanismen also, die den „demokratischen Frieden“ in diesen beiden Varianten hervorbringen sollen, unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Metatheorien: das utilitaristische Kalkül der Stimmbürger und ihrer Vertreter in demokratischen Verfassungsstaaten steht in der Tradition des Rational Choice; die gewalthemmenden Wirkungen demokratischer Organisation teilweise in der des rationalistischen, teilweise in der des soziologischen Institutionalismus; die liberale Theorie über das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik trägt das Ihrige bei; dem Funktionalismus entsprechen Aussagen über die Kooperationsbereitschaft der Demokratien, aber auch über die Friedfertigkeit verstärkenden Wirkungen von Interdependenz und Internationaler Organisation. Der Konstruktivismus hat sich schließlich der normativen Integration und des „Engelskreises“ wechselseitiger Anerkennung zwischen Demokratien als friedfertigen Akteuren angenommen. Die Theorien des Demokratischen Friedens stellen sich als eine komplexe Mixtur dieser Kausalitätsbehauptungen dar, die jedoch in sich zunächst nicht offenkundig inkohärent und widersprüchlich erscheint. Ihre ontologischen und epistemologischen Grundannahmen sind nirgends explizit offengelegt. Ableiten lässt sich jedoch aus dem Schrifttum, dass die Theorien eine Welt unterstellen, in denen teleologisches Handeln (Logik der Zweckmäßigkeit), normgeleitetes Handeln (Logik der Angemessenheit) und institutionengeleitetes Handeln (Logik institutioneller Handlungsbeschränkungen und -opportunitäten) nebeneinander und miteinander verzahnt existieren können (Russett/Oneal 2001: 53f.). Diese Annahme wird in den folgenden Ausführungen nicht in Frage gestellt. Die Auseinandersetzung über ontologische und epistemologische Differenzen zwischen den „Muttertheorien“ bleibt daher für die folgenden Überlegungen außer Acht.

Die Theorien setzen die Gegebenheiten der internationalen Beziehungen voraus. Sie unterstellen, dass Demokratien in einer Welt existieren, in denen es Machtgefälle (Asymmetrien), Machtrivalität, Sicherheitsdilemma, wirtschaftliche Konkurrenz usw. gibt. Diese Variablen erhalten aber in den Theorien keinen kausalen Rang. Die behaupteten friedfertigen Außenwirkungen gelten unabhängig von der Ausprägung dieser Variablen. Bei der Untersuchung der Antinomien ist daher darauf zu achten, dass dieses Prinzip nicht verletzt wird: Außenwirkungen, die der behaupteten Friedfertigkeit zuwiderlaufen, müssen sich aus den Bedingungen der Demokratie, nicht aber aus Sicherheitsdilemma, Machtrivalität etc. ergeben.

Die folgenden Kausalitätsmechanismen werden in den verschiedenen Varianten der Theorien zum „Demokratischen Frieden“ ausgeführt (in der folgenden Ableitung stütze ich mich außer den angeführten Stellen noch auf: Rummel 1979; Ray 1995; Geis 2001). Die in diesem Abschnitt vorgetragene Argumente, die vorgestellten Strukturen und Prozesse, stellen dabei nicht Thesen oder empirische Befunde des Autors dar, sondern den Versuch, aus der Theorie des demokratischen Friedens in ihren verschiedenen Varianten widersprüchliche Prognosen bzw. Beschreibungen abzuleiten.

3.1 Die innere Dimension

Die monadische Version gründet sich entweder auf eine rationalistische oder auf eine sozial-konstruktivistische Begründung oder auf die Kombination beider:

Rationalistisches Argument:

- (a) *Die Bürger sind als ihren Eigennutzen maximierende Akteure gegen den Krieg, weil sie*
- *das leibliche Risiko für sich und ihre Angehörigen*
 - *die unmittelbaren und die längerfristigen Folgekosten fürchten* (Czempiel 1986: 122; Rummel 1991: 195f.; Doyle 1997: Kap. 6, 7).

Für die Theorien des demokratischen Friedens ist die Präferenzstruktur der Bürger demokratischer Staaten keine empirische Frage, sondern – zumindest im Sinne einer statistischen Verteilung – fixiert.

Sozial-konstruktivistisches Argument:

- (b) *Die Bürger sind gegen den Krieg, weil sie*
- *die Vernichtung von Menschenleben verabscheuen*
 - *die friedliche Lösung von Konflikten (innenpolitische Norm) für höherwertig halten* (Doyle 1997: 277ff.; Czempiel 1981: 219; Russett 1990: 124ff.; Russett 1993: 30ff.).

Auch diese Einstellungen sind als Naturkonstante (Kant) oder als Ergebnis gesellschaftlicher Zivilisations- sowie individueller Sozialisationsprozesse (Czempiel) von den Theorien substantziell festgelegt.

Institutionalistische Randbedingung:

Beide Versionen führen noch nicht „von selbst“ zum friedfertigen Verhalten. Selbst wenn die Bürger die unter (a) und (b) genannten Einstellungen haben, werden diese nur dann politikwirksam, wenn institutionelle Umsetzungsmechanismen vorhanden sind. Die Bürger einer Diktatur mögen genauso kalkulieren oder sogar vergleichbaren Wertsystemen anhängen wie unter (a) und (b) angegeben, wenn ihre Führung aber bellizistisch agiert, ist das politische Produkt eben nicht friedlich. Daher sind (a) und (b) jeweils notwendige, aber keine hinreichende Bedingungen zur Erzeugung einer friedlichen Politik.

- (a) *und (b) führen unter der Randbedingung (c) zu einer distinkt friedfertigen Politik:*
- (c) *Die Partizipation der Bürger an der Entscheidung (plebiszitär oder repräsentativ) setzt den friedensgeneigten *volonté générale* gegen kriegsgeneigte Partikularinteressen durch. Dies setzt die Grundfreiheiten und Beteiligungsrechte voraus, nämlich:*
- *Wahlrecht*
 - *Meinungsfreiheit*

- *Pressefreiheit*
- *Versammlungs- und Koalitionsfreiheit* (Doyle 1997: 279 ff.; Czempiel 1981; Russett 1993: 38ff.; Ray 1997: 60).

Die Theorie nimmt die Möglichkeit an, dass friedensfeindliche Partikularinteressen existieren könnten (etwa als Residuen vordemokratischer Klassenstrukturen), dass diese jedoch in einem freien Diskurs gegenüber der Mehrheit nicht durchsetzungsfähig seien. In diesem Sinne wird den demokratischen Institutionen eine rationalisierende Wirkung unterstellt.

Institutionalistisches Argument:

Eine rein institutionalistische Variante der Theorie schreibt dem institutionellen Gefüge der Demokratie eine friedensfördernde Wirkung unabhängig von den Präferenzen der Bürger zu. Dem liegt der Grundgedanke zu Grunde, dass institutionelle Bedingungen mehr sind als reine „Transmissionsriemen“, mit denen sich politischer Wille in Handlung umsetzen lässt; vielmehr prägen diese Bedingungen in „ermöglichender“ oder „einschränkender“ Richtung die Substanz des politischen Handelns selbst (Kaiser 1997: 419–444; Schmidt 1998: 181–200; Dahmer 1997).

- (d) *Das institutionelle Gefüge der Demokratie behindert die Vorbereitung und die Entscheidung zum Kriege, insbesondere*
- *Gewaltenteilung*
 - *Pressefreiheit*
 - *Transparenzpflichten der Exekutive* (Owen 1994: 99ff.; Russett 1993: 38ff.; Czempiel 1986: 133ff.; Siverson 1997; Russett/Oneal 2001: 64).

3.2 Die externe Dimension: Die anderen beiden Seiten des „Kantschen Dreiecks“

Kant hatte weitere Zusammenhänge zwischen Demokratie und friedlichem Verhalten thematisiert. Seine Überlegungen über die friedensfördernden Wirkungen eines Weltbürgerrechts sind in der jüngeren Theoriedebatte nicht aufgegriffen und damit für die neueren Theorien vom Demokratischen Frieden nicht fruchtbar geworden. Dabei hatte Kant der transnationalen Kommunikation der vom Weltbürgerrecht geschützten Handelsleute und Migranten eine völkerverbindende Funktion zugeschrieben und damit dem aktuellen Diskurs über eine transnationale Zivilgesellschaft gewissermaßen vorge-dacht (Birckenbach 2000: 262–290, hier: 263–267).

Hingegen diskutiert die Theoriedebatte zum „Demokratischen Frieden“ Interdependenz und internationale Organisation als friedensfördernde Variablen.³ Deswegen ist es am sinnvollsten, die beiden Kausalitätsmechanismen im Sinne von intervenierenden Variablen zu verstehen, deren spezifische Funktionsweisen die friedliche Wirkung der demokratischen Strukturen verstärken. Unter dieser Perspektive lassen sich die

³ Ob sie lediglich im Zusammenwirken mit demokratisch strukturierten Akteuren oder auch unabhängig davon ihre friedensfördernde Wirkung unter den beteiligten Staaten entfalten, ist nicht endgültig geklärt. In der Theoriegeschichte gibt es die Hypothese einer unabhängigen Wirkung. Für unsere Zwecke ist diese Frage jedoch unerheblich, weil im Rahmen der Theorie des Demokratischen Friedens lediglich das Zusammenwirken der Faktoren Interdependenz und Internationale Organisation mit den innenpolitischen Determinanten des DF interessiert. Vgl. Ernst-Otto Czempiel (1986).

Wirkungen von Interdependenz und Internationaler Organisation sowohl an die monadische wie auch an die dyadische Variante der Theorie anschließen.

In der monadischen Theorie läuft das auf die Erwartung hinaus, dass die Interdependenz (Doyle 1997: Kap. 8; Czempiel 1981: 244ff.; Czempiel 1986; Oneal u.a. 1996: 144ff.; Weede 1996; Oneal/Ray 1997; Russett/Oneal 2001: Kap. 6) und Organisationsneigung (Russett 1998; Czempiel 1986: 82ff.; Starr 1997; Russett u.a. 1998; Russett/Oneal 2001: Kap. 6) der Demokratien dazu führt, dass auch die Beziehungen zwischen ihnen und den Nichtdemokratien friedlich gestaltet werden. Die monadische Interdependenzthese schlug sich beispielsweise praktisch-politisch nieder in den deutschen Zielsetzungen, die mit dem „Osthandel“ (Rode 1984: 9–23) verfolgt wurden, oder der Absicht, die Beziehungen zu China durch seine Einbeziehung in das Welt-handelssystem zu fördern (Czempiel 1999: 140f.). In beiden Fällen sollte auf der Gegenseite das Interesse an friedlicher Kooperation gesteigert werden. Die Friedenswirkung der internationalen Organisation lag der Konstruktion der KSZE, später der OSZE zu Grunde, die potenziellen Gegner in ein organisiertes, normativ gesteuertes Institutionengeflecht einzubinden und auf diese Weise gewaltfreie Mittel der Konfliktbehandlung einzurichten (Schlotter 1999).

Monadische Variante

1. (a)((c))
„Weil die Bürger in einer Demokratie ihre Interessen rational kalkulieren, setzen sie über ihre Partizipation an den Entscheidungen eine friedliche Außenpolitik durch.“
2. (b)((c))
„Auf Grund ihrer Wertorientierung setzen die Bürger in einer Demokratie über ihre Partizipation an den Regierungsentscheidungen eine friedliche Außenpolitik durch.“
3. (d)((c))
„Die Strukturen demokratischer Institutionen erschweren die Vorbereitung und Inszenierung eines Krieges und tragen somit zu einer friedlichen Außenpolitik bei.“
4. (f)((a)...(d))
„Auf Grund ihrer Wohlfahrtsinteressen und/oder ihrer normativen Ausrichtung auf kooperatives Verhalten entwickeln Demokratien interdependente Beziehungen mit anderen Staaten, die den Frieden fördern.“
5. (g)(4.)
„Auf Grund ihrer Wohlfahrtsinteressen und/oder ihrer normativen Ausrichtung auf kooperatives Verhalten streben Demokratien nach der Gründung Internationaler Organisationen, die den Frieden fördern.“

Alle Hypothesen sind in dichotomischer Form formuliert. Freilich liegt die fortgeschrittenste Version der Theorie vom demokratischen Frieden in linear-kontinuierlicher (je demokratischer, desto friedlicher) Fassung vor (Czempiel 1996). Für die angegebenen Kausalitätsmechanismen macht dies allerdings keinen Unterschied. Insofern kann dies für die folgende Erörterung außer Sicht bleiben.

Die Hypothesen sind nicht alternativ-ausschließend zu verstehen. In der Theorie werden sie in ihrer Wirkung auch additiv und synergistisch diskutiert. Das gilt besonders für die Annahmen über die Handlungsmotivationen, die in den „Hypothesen“ 1 und 2 niedergelegt sind.

4. Antinomien des demokratischen Friedens: Monadische Theorievariante

Antinomien ergeben sich, wenn

- die unabhängige Variable innerhalb eines Kausalitätsmechanismus politisches Verhalten nicht zwingend determiniert, d.h. wenn gegenläufige Tendenzen konstruiert werden können, die der angegebenen Wirkung (d.h. dass diese unabhängige Variable den demokratischen Frieden fördere) zuwiderlaufen;
- zwei Kausalitätsmechanismen in Widerspruch geraten und ihr vermuteter Effekt damit konterkariert wird;
- zwei Kausalitätsmechanismen Synergien erzeugen, und der entstehende „Vektor“ in eine andere als die vermutete Richtung zeigt.

Dabei ist zu beachten, dass die angeführten Hypothesen (mit Ausnahme der Hypothese 3) insoweit komplex sind, als sie mindestens zwei Kausalitätsmechanismen kombinieren. Sie sind schon von daher zum „inneren Widerspruch“ in der Lage. Dilemmata werden im Folgenden dann als Antinomien behandelt, wenn die in den DF-Theorien angegebenen handlungsleitenden Faktoren Entscheidungen zu Gunsten *beider* „Hörner“ eines Dilemmas begünstigen.

Antinomien des demokratischen Friedens stellen demnach von der Theorie übersehene oder vernachlässigte kausale Argumente dar, die – im Sinne der Theorie des DF – „überraschende“ Effekte erwarten lassen.⁴ Für die monadische Variante ist es einfach, diese Effekte zu identifizieren: Es handelt sich

- (1) um die Neutralisierung der behaupteten Friedenswirkung von Demokratie und/oder
- (2) um eine der Demokratie entspringende *spezifische* Kriegsneigung, also ein Grund für äußere Gewaltanwendung, der für Demokratien, aber nicht für Nichtdemokratien typisch ist.

Die Systematik der folgenden Untersuchung ergibt sich aus den acht Hypothesen und den zwei Typen von Antinomien – „Widerspruch eines Gesetzes mit sich selbst“ – im Folgenden „Widerspruch innerhalb einer Hypothese“ – sowie „Widerspruch zwischen zwei Gesetzen“ – im Folgenden „Widerspruch zwischen zwei Hypothesen“. Die systematische Untersuchung konzentriert sich darauf, festzustellen, ob sich für alle denkbaren Antinomien – fünf des Typs „Widerspruch innerhalb einer Hypothese“ und zehn des Typs „Widerspruch zwischen zwei Hypothesen“ plausible Antinomien ableiten lassen.

⁴ Czempiel (1996) hat einige der im Folgenden als „Antinomie“ beschriebenen Erscheinungen benannt und auf die unzureichende Demokratisierung der normabweichenden Staaten zurückgeführt. Hier wird hingegen argumentiert, dass sie den kausalen Argumenten der Theorie inhärent sind.

4.1 „Widerspruch einer Hypothese mit sich selbst“

Antinomie 1: „Rüstung zur Opfervermeidung“

Aus Hypothese 1: *„Weil die Bürger in einer Demokratie ihre Interessen rational kalkulieren, setzen sie über ihre Partizipation an den Entscheidungen eine friedliche Außenpolitik durch.“*

In der monadischen Version der DF-Theorie wirkt der Wunsch der demokratischen Bevölkerungen, die Opfer und Kosten (eigene und zunehmend auch gegnerische) des Krieges sowie die Kosten der Rüstung zu vermeiden, zunächst sowohl gegen Entscheidungen zum Kriege als auch gegen ständig steigende Rüstungslasten; dies ist die von diesem Theoriestrang vertretene Wirkung (zur empirischen Evidenz vgl. Mueller 1973; Lunc/Sperlich 1979: 221–244; Gartner/Myers: 377–395; Gartner/Segura/Wilkening 1997: 649–668).

Zugleich legt sie aber – bei fortgesetzter Notwendigkeit von Verteidigungsanstrengungen durch die Existenz nichtdemokratischer Akteure in den internationalen Beziehungen – eine Verteidigungs- und Rüstungspolitik nahe, die darauf abzielt, höhere Effizienzen (geringere Kosten bei gesteigerter Wirkung) zu erreichen *sowie* im Einsatzfall geringere Opfer bei den eigenen Soldaten und der Zivilbevölkerung des potenziellen Gegners zu verursachen. Die durch die Kombination dieser beiden Motivationen determinierte Handlungsrichtung läuft einerseits auf den massiven Einsatz fortgeschrittener Waffentechnik (Zielgenauigkeit, weitestmögliche Aufklärung, schnelle Reaktion) hinaus, andererseits konsequenterweise auf den Aufbau überlegener Optionen, um eine Auseinandersetzung möglichst schnell mit geringstmöglichen Opfern zu beenden. Dies gelingt am verlässlichsten mit dem schnellen Sieg nach überlegener Offensive, wenn nicht sogar unter Nutzung der möglichen Vorteile einer militärischen Präventionshandlung. Was sich gegenwärtig unter dem Schlagwort „Revolution in military affairs“ in der Rüstungspolitik der westlichen Staaten durchsetzt, scheint in diese Richtung zu deuten (Freedman 1998; O’Hanlon 1998/99: 72–86). Das utilitaristische Argument zu Gunsten des demokratischen Friedens wird dadurch unterhöhlt: Was die Bürger zunächst gegen Krieg und Rüstung motiviert, führt zu einer Handlungsrichtung, die diese Motivationen im Ergebnis aushebelt. Die Zahl der Opfer wird geringgehalten (oder dieses Ergebnis wird zumindest, zunächst glaubwürdig, versprochen), Kriegskosten werden gesenkt, gleiche militärische Effizienz lässt sich mit geringerem Kosteneinsatz oder höhere Effizienz mit gleichem Kosteneinsatz erreichen. Der Opposition gegen Krieg und Rüstung wird somit der Wind aus den Segeln genommen. Gegebenenfalls kann auch die Motivation, das Ausmaß der Opfer im Kriege möglichst gering zu halten, zu höheren Rüstungsinvestitionen motivieren. Die Erkenntnis, dass Demokratien in Kriegen deutlich weniger Opfer zu beklagen haben als Nichtdemokratien und ihre Kriege überwiegend gewinnen, gibt gewisse Hinweise auf die Relevanz dieser Antinomie (Rummel 1996).

Antinomie 2: „Gewaltsamer Demokratieexport“

Aus Hypothese 2: *„Auf Grund ihrer Wertorientierung setzen die Bürger in einer Demokratie über ihre Partizipation an den Entscheidungen eine friedliche Außenpolitik durch.“*

Die Theorie unterstellt – ebenfalls in einer konstruktivistisch informierten Interpretation der monadischen Variante – die Demokratien würden ihre internen Konfliktlösungsmechanismen auf die Außenbeziehungen zu übertragen suchen, also eine prinzipiell friedfertige Außenpolitik unternehmen. Daneben existieren jedoch zwei durchaus plausible Handlungsoptionen, die dabei unterschlagen werden und sich aus einer zunehmend empfundenen Differenz zwischen den eigenen Werten, Strukturen und Prozeduren und denen der nichtdemokratischen Außenwelt ergeben:

Die Demokratien könnten (vor allem nach frustrierenden Erfahrungen mit der eben erörterten Option) versucht sein, Überlegenheit über ihre nichtdemokratische Außenwelt zu erlangen, um ihre präferierten Konfliktlösungsstrukturen in einem Kraftakt aufherrschen zu können.

Die Demokratien könnten auf Grund ihrer normativ als höherwertig eingeschätzten Konfliktlösungsprozesse Überlegenheitsgefühle gegenüber ihrer nichtdemokratischen Außenwelt entwickeln, die Erzwingungshandeln nicht nur als legitim, sondern geradezu als geboten erscheinen lässt. Je größer die normative Distanz zwischen den Demokratien und ihren externen Partnern ist, desto mehr können wertbedingte Abgrenzungsprozesse in aggressionsbegünstigende Argumentationsmuster übergehen.⁵

- Der Druck, diese Optionen zu realisieren, könnte sich ergeben
- aus Forderungen der Öffentlichkeit gegenüber einem eher zögernden politischen System;
 - aus einem Konsens der politischen Elite, auch wenn die Öffentlichkeit eher zu Zurückhaltung neigt.

Antinomie 3: „Durchsetzung von Sektoralinteressen“

Aus Hypothese 3: *„Die Strukturen demokratischer Institutionen erschweren die Vorbereitung und Inszenierung eines Krieges und tragen somit zu einer friedlichen Außenpolitik bei.“*

Demokratische Kontrolle durch pluralistische, wettbewerblich agierende gesellschaftliche Kräfte ist Grundbedingung demokratischer Institutionen und konsequenterweise auch des demokratischen Friedens. Dieser Wettbewerb ist prinzipiell offen (Koalitionsfreiheit, Meinungsfreiheit) und bietet dementsprechend auch nationalistischen und rüstungsfreundlichen Kräften eine Plattform.⁶

Unter den in Argumentation (a) geltenden rationalistischen Prämissen muss die Hypothese der gleichfalls rationalistischen „ökonomischen Theorie der Politik“ (Downs 1957; Olson 1968) berücksichtigt werden, die sich mit den Auswirkungen utilitaristi-

⁵ Um diese riskante Möglichkeit auszuschließen, fordert Czempiel kategorisch, auf jegliche Gewaltanwendung in der Demokratisierungspolitik zu verzichten, vgl. Czempiel (1999: 138f.).

⁶ Die grundlegenden Probleme der im demokratischen Wettbewerb entstehenden „perversen Anreize“ analysiert William H. Riker (1982).

scher Kalküle in kompetitiven demokratischen Institutionen befasst. Sie hat plausibel gemacht, dass in einem Sektor speziell und stark interessierte Kräfte (z.B. „Militärisch-industrieller Komplex“) einen höheren Organisationsgrad und eine entsprechend größere Durchsetzungsfähigkeit im demokratischen Wettbewerb erreichen als diffuse, generell interessierte (z.B. Frieden, Abrüstung), die nur punktuell dann mobilisierbar sind, wenn sich an konkreten Ereignissen (z.B. Stationierung der Mittelstreckenwaffen, französische Nukleartest in der Südsee) die besonderen Kosten und Risiken von Rüstungs- oder aggressiver Außenpolitik manifestieren. Denn Wählergruppen mit fokussierten Interessen machen ihr Wahlverhalten von spezifischen Entscheidungen in ihrem Sektor abhängig, während das Gros der Wählerschaft aus einer Mixtur verstreuter sektoraler Interessen heraus entscheidet. Die Entscheidungsträger müssen also befürchten, dass sie Stimmen verlieren, wenn sie den Wünschen der Sektoralinteressen nicht willfahren. Zugleich müssen sie auf Grund der Diffusität der allgemeinen Wählerorientierung keine Nachteile befürchten, wenn sie zu Gunsten der Sektorinteressen entscheiden. Schließlich können sie aber auch nicht auf kompensatorische Stimmengewinne hoffen, falls sie sich den Spezialwünschen verweigern. Daraus ergibt sich, dass der demokratische Wettbewerb diejenigen Kräfte begünstigt, deren Interessen der Tendenz des demokratischen Friedens zuwiderlaufen.

Antinomie 4(a) „Feindbild durch Interdependenz“

Aus Hypothese 4: *„Auf Grund ihrer Wohlfahrtsinteressen und/oder ihrer normativen Ausrichtung auf kooperatives Verhalten entwickeln Demokratien interdependente Beziehungen mit anderen Staaten, die den Frieden fördern.“*

Interdependenzen schaffen sowohl überlappende als auch wettbewerblich konfligierende Interessen, beispielsweise Konkurrenz zwischen China und den Vereinigten Staaten um die Märkte in Südostasien oder zwischen westlichen Industriestaaten und China um den Zugang zum Erdöl des persischen Golfes. Unter den rationalistischen Annahmen über die Akteure, die dem utilitaristische Begründungsstrang des DF zu Grunde liegen, können sich hieraus politische Konflikte entwickeln, in denen der wirtschaftliche Konkurrent als politischer Risikofaktor definiert wird. Solche Definitionen werden durch die Klassifizierung entlang normativer Differenzen, die von den Annahmen über die normativen Orientierungen der Bürger(innen) im DF betont werden, zwischen Demokratien und Nichtdemokratien in Feindbilder transformiert. Auf Seiten der Nichtdemokratien schafft der massive Liberalisierungsdruck und die daraus erwachsenden, oft nicht zu bewältigenden Anpassungserfordernisse einen spiegelbildlichen Feindbildeffekt (Smadja 1998/99: 67–71; dito Greider 1997; Korren 1996).

Antinomie 4(b) „Destabilisierung durch Globalisierung“

Die von den Verflechtungen der Globalisierung induzierten Veränderungsprozesse können die demokratischen Institutionen überfordern und die Loyalitäten der Betroffenen unterminieren. Damit wird der Blick von den Außenbeziehungen auf die inneren Bedingungen des demokratischen Friedens gelenkt. Selbst in reifen Demokratien – Gemeinwesen mit einem hohen Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt, einer langen Reihe ordnungsgemäßer Regierungswechsel und einer entfalteten Zivilgesellschaft (Merkel/Puhle

1999) – ist die Demokratie nicht ultrastabil (Greven 1993: 399–413; Schmitter 1995: 47–52; Zolo 1996). Die Demokratien laufen Gefahr, mit dem eigenen weltweiten Erfolg – wachsende Interdependenz, Kommunikation und Freizügigkeit – die eigenen Existenzbedingungen zu destabilisieren. Migration importiert Inklusions-/Exklusionsprozesse ins Innere der Demokratien. Die Anforderung an die Bürgerinnen und Bürger, sich in einem immer härteren Wettbewerb zu behaupten, läuft den Gemeinwohlorientierungen der „Idealbürger“ der deliberativen Demokratie zuwider. Politische Restabilisierungsversuche – Beschneidung des Asylrechts, Abschottung, Machtzuwachs der Exekutivorgane, Zuwachs an Kontrolle über die Zivilgesellschaft – drohen wesentliche institutionelle Bedingungen des demokratischen Gemeinwesens in Mitleidenschaft zu ziehen. Die Aushöhlung der demokratischen Institutionen indes würde das gesamte Fundament für die Argumentationen des Demokratischen Friedens untergraben. Dass die in der kantischen Argumentation wichtige Friedenswirkung des transnationalen Dialogs der „Weltbürger“ durch diese Entwicklung konterkariert würde, sei ergänzend hinzugefügt.

Antinomie 5: „Sicherheitsdilemma durch demokratische Allianz“

Aus Hypothese 5: *„Auf Grund ihrer Wohlfahrtsinteressen und/oder ihrer normativen Ausrichtung auf kooperatives Verhalten streben Demokratien nach der Gründung Internationaler Organisationen, die den Frieden fördern.“*

Die wechselseitige Integrationsfreudigkeit der Demokratien macht ihre Verteidigungsallianzen stark und stabiler als die zwischen Demokratien und Nichtdemokratien (Steverson/Emmons 1991: 285–306; Gaubatz 1996: 109–139). Aus Sicht der nichtdemokratischen Außenwelt ergibt sich hierdurch eine potenzielle Bedrohung durch überlegene militärische Fähigkeiten. Diese Inklusions-/Exklusionsdynamik setzt ein *demokratiespezifisches* Sicherheitsdilemma in Gang. Es ist nicht identisch mit der in der Staatenwelt allgemein geltenden Dilemmastruktur, sondern wird durch die Funktionsweise demokratischer Außen- und Sicherheitspolitik konstruiert. Die friedensfördernde Wirkung heteronomer Internationaler Organisation wird dadurch konterkariert. Die den demokratischen Frieden festigende Organisationsneigung demokratischer Staaten produziert also auch in dieser Hinsicht einen dem demokratischen Frieden abträglichen Effekt.

4.2 „Widerspruch zwischen zwei Hypothesen“

Antinomie 6(a) „Kosten des gerechten Krieges“

Hypothese 1: *„Weil die Bürger in einer Demokratie ihre Interessen rational kalkulieren, setzen sie über ihre Partizipation an den Entscheidungen eine friedliche Außenpolitik durch.“*

versus

Hypothese 2: *„Auf Grund ihrer Wertorientierung setzen die Bürger in einer Demokratie über ihre Partizipation an den Entscheidungen eine friedliche Außenpolitik durch.“*

Das rationale Kalkül der Bürger kann es unter Umständen nahe legen, einen Krieg zu führen (nämlich wenn das erwartete Kostenrisiko gering und der erwartete Nutzen hoch ist und die persönlichen Risiken auf Berufssoldaten abgewälzt werden können), während ihre normative Orientierung sie zugleich gegen die Gewaltanwendung einnimmt. Diese Diskrepanz kam während des Golfkrieges 1991 zum Ausdruck: Ein Teil der Bevölkerung und die Regierenden der Demokratien sahen wirtschaftliche, ordnungspolitische und strategische Interessen hinreichend gefährdet, um einen militärischen Einsatz zu rechtfertigen, ein anderer Teil der Bevölkerung brachte unter der Parole „Kein Krieg für Öl“ seine moralisch motivierten Proteste zum Ausdruck.

Antinomie 6(b) „Kein neuer Hitler!“

Die normative Orientierung spricht für ein militärisches Eingreifen (massive Menschenrechtsverletzungen, Genozid, „hitlerisierte“ Führung des potenziellen Gegners), aber das rationale Kalkül verspricht mehr Kosten als Nutzen. Die schwankende und unterschiedliche Haltung der westlichen Länder zu den zahlreichen Konflikten in Afrika und auf dem Balkan weist auf diesen Widerspruch hin.

In beiden Fällen ist der Ausgang – im Unterschied zu einer Reihe anderer Antinomien, die zuvor diskutiert wurden, nicht determiniert. Es ist nur klar, dass dieser Widerspruch die eindeutige Kausalität zwischen Kalkül bzw. Orientierung und friedlicher Außenpolitik unterbricht.

Antinomie 7: „Macht der Propaganda“

Hypothese 1: *„Weil die Bürger in einer Demokratie ihre Interessen rational kalkulieren, setzen sie über ihre Partizipation an den Entscheidungen eine friedliche Außenpolitik durch.“*

versus

Hypothese 3: *„Die Strukturen demokratischer Institutionen erschweren die Vorbereitung und Inszenierung eines Krieges und tragen somit zu einer friedlichen Außenpolitik bei.“*

Diese Antinomie ist eine Erweiterung der im letzten Kapitel unter „Durchsetzung von Sektoralinteressen“ diskutierten. Es ist gerade die plurale Struktur demokratischer Gewaltenteilung – die offenen Partizipationsmöglichkeiten –, die den eher gewalt- oder konfliktbereiten Minderheiteninteressen die erforderliche „politische Opportunitätsstruktur“ (Kitschelt 1986: 57–85; Tarrow 1991: 647–670), d.h. Anlaufstellen, Kanäle und damit Einflusschancen auf Entscheidungsprozesse gibt. Es ist zudem die Loyalität der Bürger gegenüber den demokratischen Institutionen, die – zumindest kurzfristig – den bekannten Effekt des „Rallying around the Flag“ hervorbringen hilft (Mueller 1970: 18–34; ders. 1994; Blechman/Kaplan 1978). Ein Sonderfall ist der „Diversionkrieg“, mit dem Regierungen im Falle innerer Unzufriedenheit die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger wiedergewinnen und die nationale Einheit wiederherzustellen suchen, indem sie den Unwillen auf einen äußeren Feind lenken. Es scheint Anzeichen dafür zu geben, dass Kriseneskalation zum Zweck der Diversion von demokratisch gewählten Regierungen gerade deshalb betrieben wird, weil die institutionellen Struktu-

ren die direkte Repression nach innen verhindern (Gelpi 1997: 255–282; Smith 1996: 133–154; vgl. dagegen Leeds/Davis 1997: 814–834).

Antinomie 8: „Sicherheit statt Handel“

Hypothese 1: *„Weil die Bürger in einer Demokratie ihre Interessen rational kalkulieren, setzen sie über ihre Partizipation an den Entscheidungen eine friedliche Außenpolitik durch.“*

versus

Hypothese 4: *„Auf Grund ihrer Wohlfahrtsinteressen und/oder ihrer normativen Ausrichtung auf kooperatives Verhalten entwickeln Demokratien interdependente Beziehungen mit anderen Staaten, die den Frieden fördern.“*

Das rationale sicherheitspolitische Kalkül der Demokratien, Schaden nach Möglichkeit zu vermeiden, kann sie dazu motivieren, den wirtschaftlichen Austausch mit Nichtdemokratien zu vermeiden (Gershman 1979: 35–45). Die vermutete friedensfördernde Wirkung von Interdependenz kann sich nicht oder nur unzureichend entfalten. Die politischen Maßnahmen, die zur Beschränkung der Beziehungen ergriffen werden, wirken ihrerseits konfliktfördernd.

Antinomie 9: „Sachzwang der Sicherheitsgemeinschaft“

Hypothese 1: *„Weil die Bürger in einer Demokratie ihre Interessen rational kalkulieren, setzen sie über ihre Partizipation an den Entscheidungen eine friedliche Außenpolitik durch.“*

versus

Hypothese 5: *„Auf Grund ihrer Wohlfahrtsinteressen und/oder ihrer normativen Ausrichtung auf kooperatives Verhalten streben Demokratien nach der Gründung Internationaler Organisationen, die den Frieden fördern.“*

Die Integration in homonome – also nur aus Demokratien bestehende – internationale Organisationen verlangt von den Demokratien Beweise ihrer Organisationsloyalität – anders ließe sich der Prozess der Befestigung des Friedens, der auf dem positiven Rückkoppelungskreis wachsenden Vertrauens beruht, nicht realisieren. Damit entsteht jedoch zugleich ein Loyalitätsdruck auf die nationalen Entscheidungsträger, der der Entscheidungsbeteiligung der Bevölkerung zuwiderläuft; die Tatsache, dass Allianzriege für Demokratien typisch sind, deutet auf diesen Zusammenhang hin (Gleditsch/Hegre 1997: 283–310, hier: 294f.). Nur wenn für beide Prozesse eine prästabilisierte Harmonie unterstellt werden könnte, wäre dies unproblematisch. Dies ist jedoch keineswegs zwingend der Fall. Die internationalen Organisationen führen die Exekutiven zusammen, sicherheitspolitische Organisationen vorzugsweise deren militärische Teile, zu deren Kontrolle auf der inter- und supranationalen Ebene kein den nationalen Parlamenten entsprechendes Äquivalent existiert. Auf die nationale Ebene schlägt die übernational getroffene Entscheidung sodann als „Sachzwang“ durch, dem entgegenzutreten wesentliche nationale Interessen („Bündnisfähigkeit“, „Verlässlichkeit“) verletzen

würde. Internationale Organisationen produzieren auf diese Weise durchaus Entscheidungen, die durch den nationalen Konsens in ihren Mitgliedsstaaten nicht gedeckt sind; man denke an die Nachrüstungsentscheidung der NATO. Möglicherweise wird diese Entsubstantialisierung der demokratischen Entscheidungsprozesse auf nationaler Ebene von den Exekutiven sogar bewusst angesteuert (Wolf 2000: 119–132).

Antinomie 10: „Macht der Medien“

Hypothese 2: *„Auf Grund ihrer Wertorientierung setzen die Bürger in einer Demokratie über ihre Partizipation an den Entscheidungen eine friedliche Außenpolitik durch.“*

versus

Hypothese 3: *„Die Strukturen demokratischer Institutionen erschweren die Vorbereitung und Inszenierung eines Krieges und tragen somit zu einer friedlichen Außenpolitik bei.“*

Es sind gerade die demokratischen Institutionen, die die Exekutiven anfällig machen für aus moralischer Empörung oder Erschütterung erwachsenden Forderungen zum „Eingreifen“ (Hasenclever 2001). Die freie Medienlandschaft erlaubt der Politik keine Kontrolle der Bilder aus Somalia oder Bosnien; die Zivilgesellschaft mit ihren vielfältig engagierten humanitären Nichtregierungsorganisationen verstärkt und artikuliert die Wirkung dieser Information; die freie öffentliche Debatte lässt die Bildung einer von solchen Stimmungen oder Bewertungen getragenen politischen Forderung nach militärischer Intervention zu; die parlamentarische Auseinandersetzungen macht – vor dem Hintergrund einer solchen Ausprägung der öffentlichen Meinung – die Regierungen verwundbar gegenüber Anschuldigungen, von massiven Menschenrechtsverletzungen, Genozid, Kriegs- oder Bürgerkriegsnot „wegzuschauen“. Die Bildung solcher Forderungen ist jedoch nur verständlich vor dem Hintergrund eben der Orientierung an einem humanen Menschenbild, die der sozialkonstruktivistischen Hypothese 2 zu Grunde liegt.

Antinomie 11: „Don't touch them, they're dirty!“

Hypothese 2: *„Auf Grund ihrer Wertorientierung setzen die Bürger in einer Demokratie über ihre Partizipation an den Entscheidungen eine friedliche Außenpolitik durch.“*

versus

Hypothese 4: *„Auf Grund ihrer Wohlfahrtsinteressen und/oder ihrer normativen Ausrichtung auf kooperatives Verhalten entwickeln Demokratien interdependente Beziehungen mit anderen Staaten, die den Frieden fördern.“*

Die normative Orientierung der Bürger in Demokratien aneinander und die Abgrenzung gegenüber Nichtdemokratien eröffnet den Argumentationspfad, Interdependenzen mit Nichtdemokratien als moralisch verwerflich zu betrachten (Menschenrechtsproblematik) und daher zu vermeiden. Hinsichtlich der gesellschaftlichen Forderungen zur

Entwicklung interdependenter Außenbeziehungen ist der normative Kausalitätsmechanismus insoweit kontingent. Zum Beispiel spielte auf konservativer Seite, aber auch bei den Gewerkschaften in der inneramerikanischen Auseinandersetzung um die Meistbegünstigungsklausel und die Zulassung Chinas in die Welthandelsorganisation die Frage der Sklavenarbeit – erzwungene Arbeit politischer Gefangener – eine wesentliche Rolle.

Antinomie 12: „No dirtbags in our club“

Hypothese 2: *„Auf Grund ihrer Wertorientierung setzen die Bürger in einer Demokratie über ihre Partizipation an den Entscheidungen eine friedliche Außenpolitik durch.“*

versus

Hypothese 5: *„Auf Grund ihrer Wohlfahrtsinteressen und/oder ihrer normativen Ausrichtung auf kooperatives Verhalten streben Demokratien nach der Gründung Internationaler Organisationen, die den Frieden fördern.“*

Aus der gleichen – kontingenten – Motivation lässt sich ebenfalls die Kooperation mit Nichtdemokratien in Internationalen Organisationen verwerfen. Die Orientierung an Menschenrechten und friedlichem Konfliktaustrag mag die institutionalisierte „Kollaboration“ mit Diktaturen als verwerflich erscheinen lassen, die diese Normen in abstoßender Weise verletzen. Solche Vorbehalte wurden in mehreren westlichen Ländern in den siebziger und – verstärkt nach dem Militärputsch in Polen – achtziger Jahren gegen die KSZE vorgebracht. Auch die Suspendierung der Mitgliedschaft Jugoslawiens in der OSZE und den Vereinten Nationen folgte dieser Logik; sie verstellte die Möglichkeiten der Einwirkung durch die Kanäle der Internationalen Organisation auf die regelbrechende Regierung.

Antinomie 13: „Keine Arbeitsplätze nach China!“

Hypothese 3: *„Die Strukturen demokratischer Institutionen erschweren die Vorbereitung und Inszenierung eines Krieges und tragen somit zu einer friedlichen Außenpolitik bei.“*

versus

Hypothese 4: *„Auf Grund ihrer Wohlfahrtsinteressen und/oder ihrer normativen Ausrichtung auf kooperatives Verhalten entwickeln Demokratien interdependente Beziehungen mit anderen Staaten, die den Frieden fördern.“*

Dies ist eine modifizierte Version von Antinomie 4 „Feindbild durch Interdependenz“. Die durch wirtschaftliche Interdependenzen mit Nichtdemokratien geschädigten Sektoren der Gesellschaft nutzen die Tribüne und die Kanäle der demokratischen Institutionen, um ihre Belange durchzusetzen, d.h. die Interdependenzen zu beschneiden. Allerdings stehen ihnen die gleich fokussierten Interessen der „Interdependenzgewinner“ gegenüber. Diese unterliegen jedoch dem Handicap, auch gegen den normativen Ausgrenzungsdiskurs ankämpfen zu müssen. Die inneramerikanische Kontroverse über die Gewährung der Meistbegünstigung an China wurde in dieser Weise geführt.

Antinomie 14: „Don't trust the UN!“

Hypothese 3: *„Die Strukturen demokratischer Institutionen erschweren die Vorbereitung und Inszenierung eines Krieges und tragen somit zu einer friedlichen Außenpolitik bei.“*

versus

Hypothese 5: *„Auf Grund ihrer Wohlfahrtsinteressen und/oder ihrer normativen Ausrichtung auf kooperatives Verhalten streben Demokratien nach der Gründung Internationaler Organisationen, die den Frieden fördern.“*

Die Loyalität gegenüber den eigenen demokratischen Institutionen schafft Vorbehalte gegenüber der Souveränitätsübertragung an internationale Organisationen, vor allem wenn diese einen Anteil oder gar eine Mehrheit an nichtdemokratischen Mitgliedern enthalten. Dass die Handlungsfreiheit des demokratischen Staates und damit die Reichweite der eigenen Partizipation durch den nichtdemokratischen politischen Willen anderer beschränkt werden sollte, widerspricht dem Wunsch der Bürger, die Integrität der eigenen Institutionen zu schützen. Die teilweise grotesken Verdächtigungen gegen die Vereinten Nationen auf Seiten der amerikanischen Rechten können so gedeutet werden (Kubbig/Dembinski/Kelle 2000). Die Friedenswirkung, die der Neigung von Demokratien zur Bildung internationaler Organisationen zugeschrieben wird, kann so entscheidend eingeschränkt werden.

Antinomie 15: „Demokratische Clubs sind besser“

Hypothese 4: *„Auf Grund ihrer Wohlfahrtsinteressen und/oder ihrer normativen Ausrichtung auf kooperatives Verhalten entwickeln Demokratien interdependente Beziehungen mit anderen Staaten, die den Frieden fördern.“*

versus

Hypothese 5: *„Auf Grund ihrer Wohlfahrtsinteressen und/oder ihrer normativen Ausrichtung auf kooperatives Verhalten streben Demokratien nach der Gründung Internationaler Organisationen, die den Frieden fördern.“*

Hypothese 4 reklamiert eine besondere Neigung der Demokratien, Interdependenzen einzugehen. Hypothese 5 stellt dieselbe Neigung für ihre Organisationsfreudigkeit fest. Nichtdemokratien sind Interdependenz und Internationaler Organisation nicht grundsätzlich und in jedem Kontext abgeneigt, haben aber wegen ihrer internen Kontrollansprüche und ihrer oft ausgeprägten Autarkieinteressen eine geringere Neigung dazu. Dieses Neigungs-Differenzial zwischen Demokratien und Nichtdemokratien in dieser Hinsicht wird auf einem evolutionären Pfad dazu führen, dass Demokratien intensivere Beziehungen miteinander und mehr und tiefere organisatorische Bindungen zueinander eingehen als gegenüber Nichtdemokratien. Der Inklusions-/Exklusions-Effekt, der in der monadischen Version der Theorie ignoriert wird, der hingegen der dyadischen Version zu Grunde liegt, ist somit bereits der monadischen Version eingeschrieben. Die Synergie von Interdependenz und Organisation verstärkt die in beiden Hypothesen angelegten Einzeleffekte in einer Richtung, die der von der monadischen Version

behaupteten, systemunabhängigen Friedenswirkung beider *erga omnes* entgegenläuft. Der Funktionsgewinn von NATO und EU im Vergleich zu OSZE und Vereinten Nationen scheint dieser antinomischen Dynamik zu folgen (Czempiel 1999: Teil II).

5. Kausalmechanismen der dyadischen Variante

Die dyadische Variante übernimmt zwar grundsätzlich die von der monadischen Variante behaupteten Kausalitätsmechanismen, versucht aber zu begründen, dass sie die ihnen unterstellte Wirkung nur in der Interaktion mit anderen Demokratien entfalten können. Sie werden als notwendig angesehen, sind jedoch nur unter dieser interaktiven Randbedingung hinreichend, um das „Produkt“ einer friedfertigen Politik hervorzu- bringen. Einem rationalistischen Erklärungsversuch zufolge müssen demokratische Re- gierungen – anders als Diktaturen – eine weitaus größere unterstützende Koalition ge- winnen, um einen Krieg führen zu können. Um im Amt zu bleiben, müssen sie den Krieg unbedingt gewinnen, bieten hierfür deshalb ebenfalls maximale Ressourcen auf. Der wechselseitige Aufwand macht die Kriegführung zwischen Demokratien rational nicht attraktiv (Bueno de Mesquita/Siverson 1998; Bueno de Mesquita u.a. 1999). Dieser Ansatz vermag jedoch nicht zu erklären, warum es bei deutlichen Machtasym- metrien (starke vs. schwache Demokratien), also einer deutlich unterschiedlichen Res- sourcenausstattung, nicht häufiger zu Kriegen kommt. Sie ist daher nicht überzeugend. Die plausibelste Annahme, die die Debatte hervorgebracht hat, ist eine konstruktivistisch-interaktive (Risse-Kappen 1995; dort auch die kritische Auseinandersetzung mit anderen Annahmen; vgl. auch Owen 1994, 1997; Starr 1997; Russett/Oneal 2001: 65f.).

Konstruktivistisch-interaktives Argument:

(e) *Demokratien erkennen einander als durch (a) bis (d) bestimmt.*

Dies senkt

– *das Sicherheitsdilemma*

– *die Bereitschaft zum gewaltsamen Konfliktaustrag und erhöht*

– *die Empathie*

– *die Bereitschaft zum friedlichen Konfliktaustrag.*

In der dyadischen Version ergibt sich aus dem „Kantschen Dreieck“ die Erwartung, dass sich der Friede zwischen den Demokratien durch wachsende Interdependenz und Organisation verfestigt; das „Kantsche Dreieck“ bringt demnach in die DF-Theorie die Dynamik eines „Engelskreises“, also einer sich in eine positive Richtung verstärkenden Rückkoppelungsschleife ein.

Für die dyadische Variante ergeben sich die folgenden Hypothesen:

Monadische Variante

1. (a)((c))

„Weil die Bürger in einer Demokratie ihre Interessen rational kalkulieren, setzen sie über ihre Partizipation an den Entscheidungen eine friedliche Außenpolitik durch.“

2. (b)((c))

„Auf Grund ihrer Wertorientierung setzen die Bürger in einer Demokratie über ihre Partizipation an den Regierungsentscheidungen eine friedliche Außenpolitik durch.“

3. (d)((c))

„Die Strukturen demokratischer Institutionen erschweren die Vorbereitung und Inszenierung eines Krieges und tragen somit zu einer friedlichen Außenpolitik bei.“

4. (f)((a)...(d))

„Auf Grund ihrer Wohlfahrtsinteressen und/oder ihrer normativen Ausrichtung auf kooperatives Verhalten entwickeln Demokratien interdependente Beziehungen mit anderen Staaten, die den Frieden fördern.“

5. (g)(4.)

„Auf Grund ihrer Wohlfahrtsinteressen und/oder ihrer normativen Ausrichtung auf kooperatives Verhalten streben Demokratien nach der Gründung Internationaler Organisationen, die den Frieden fördern.“

Dyadische Variante

6. (e)((a)...(d))

„Demokratien erkennen andere Demokratien als ihren Interessen und normativen Orientierungen nach auf Frieden hin orientiert. Sie streben daher nach friedlichen Beziehungen mit anderen Demokratien.“

7. (f)(6.)

„Demokratien erkennen andere Demokratien als ihren Interessen und normativen Orientierungen nach auf Frieden hin orientiert. Sie entwickeln daher enge Interdependenzen mit anderen Demokratien, wodurch sich die friedlichen Beziehungen zwischen den Demokratien festigen.“

8. (g)(7.)

„Demokratien erkennen andere Demokratien als ihren Interessen und normativen Orientierungen nach auf Frieden hin orientiert. Sie entwickeln daher Internationale Organisationen mit anderen Demokratien, wodurch sich die friedlichen Beziehungen zwischen den Demokratien festigen.“

6. Antinomien des demokratischen Friedens: dyadische Theorievariante

Für die dyadische Variante gelten im Folgenden als Effekte, die durch den Antinomien-Ansatz zu erklären sind:

(1) die Neutralisierung der Friedenswirkung von Demokratie gegenüber anderen Demokratien. Eine solche Neutralisierung zieht zwar nicht automatisch einen gewaltsamen Konflikt nach sich. Hierfür müssten erst weitere Randbedingungen, etwa entsprechende Konfliktkonstellation und Nutzen- und Risikokalküle gegeben sein. Der Wegfall der spezifischen Friedensneigung der Demokratien untereinander stellt aber ihre Beziehungen gewissermaßen auf „normal“, d.h. sie wären in gleichem Maße für Gewalttrisiken anfällig wie die zwischen Demokratien und Nichtdemokratien.

(2) die Entwicklung einer *spezifischen* Kriegs(Gewalt-, Rüstungs-)neigung *erga omnes*. Dass hier nicht nur das Verhältnis gegenüber anderen Demokratien, sondern auch gegenüber Nichtdemokratien berücksichtigt werden soll, rechtfertigt sich daraus, dass ein solcher Effekt von der dyadischen DF-Theorie nicht angenommen wird. Sie begründet ein besonders inniges und friedliches Verhältnis der Demokratien untereinander. Für die Beziehungen von Demokratien gegenüber Nichtdemokratien unterstellt sie lediglich, dass sie „durchschnittliches“ Verhalten an den Tag legen. Sie hilft also verstehen, warum das Sicherheitsdilemma zwischen den Demokratien verschwindet, zwischen den Demokratien und Nichtdemokratien jedoch bestehen bleibt. Ein *spezifischer* Aggressionseffekt, wie er hier als Definiens für eine Antinomie vorgeschlagen wird, wird dadurch nicht abgedeckt. Denn die dyadische Theorie geht davon aus, dass die Demokratien die Selbstwahrnehmung als friedfertige Gemeinwesen, die auf jenen Kausalmechanismen beruht, aufeinander projizieren. Da also auch die dyadische Theorievariante an die Kausalmechanismen der monadischen anschließt, sollte ein solcher Effekt eigentlich nicht eintreten dürfen.

Die Diskussion folgt derselben Systematik wie oben. Zunächst werden die drei „Widersprüche eines Gesetzes mit sich selbst“ besehen, sodann die drei „Widersprüche zwischen zwei Gesetzen“ in der dyadischen Variante untersucht.

6.1 Widerspruch innerhalb einer Hypothese

Antinomie 16: „Verstärkung des ‚we and them‘“

Aus Hypothese 6: *„Demokratien erkennen andere Demokratien als ihren Interessen und normativen Orientierungen nach auf Frieden hin orientiert. Sie streben daher nach friedlichen Beziehungen mit anderen Demokratien.“*

Der Frieden unter den demokratischen Staaten wird nach der dyadischen Version in ihrer konstruktivistischen Interpretation (z.B. Risse-Kappen 1995: 491–517) dadurch fortlaufend gefestigt, dass die Demokratien sich wechselseitig als friedfertig identifizieren und sich dadurch jenseits des Sicherheitsdilemmas Kooperationschancen eröffnen, die die unterstellte Gutartigkeit der Partner bestätigen und somit weitere Kooperation anstoßen. Diese ständig vertiefte normative Integration erhöht zugleich jedoch das Gefälle in der Wertigkeit von vertrautem, positiv besetztem „Innen“ und dem fremden „Außen“; es handelt sich hierbei um die DF-spezifische Anwendung des von der sozialpsychologischen Gruppenforschung identifizierten Identitäts-/Abgrenzungs-Mechanismus. Mit steigender Innen/Außen-Differenz auf Grund von normativer Innen-Integration erscheint die nichtdemokratische Außenwelt zunehmend stärker als Abweichung von der Norm demokratischer Friedfertigkeit. (Das prototypische Beispiel ist die Kon-

struktion des „Schurkenstaates“ in der amerikanischen Diskussion; vgl. Litwak 2000; Tanter 1999; Klare 1995.) Der Anspruch auf universale Geltung der eigenen normativen Orientierung und ihrer institutionellen Realisierung tendiert dazu, die Existenzberechtigung abweichender Orientierungen und Institutionen zu leugnen. (Man kann diese Ideologisierung beobachten bei Fukuyama und auch bei Archibugi/Held 1995.) Eigene Defizite (Greven 1993: 399–413) verschwinden aus dem Horizont. Die normative Integration der Demokratien führt somit in diesem Szenario zu einem intensivierten Bedrohungs- und Feindbild, das seinerseits zu entsprechenden sicherheitspolitischen Vorkehrungen, ja sogar zu Kriegseinsätzen Anlass geben kann (zu diesem Mechanismus vgl. Mercer 1995: 229–252; Weller 2000: 45–68).

Diese Analyse widerspricht nicht der dyadischen Hypothese, arbeitet aber eine mögliche Nebenfolge heraus, die pessimistisch für die Friedensmöglichkeiten in gemischten internationalen Systemen stimmt.

Antinomie 17 a): „Die sind ja doch anders“

Aus Hypothese 7: *„Demokratien erkennen andere Demokratien als ihren Interessen und normativen Orientierungen nach auf Frieden hin orientiert. Sie entwickeln daher enge Interdependenzen mit anderen Demokratien, wodurch sich die friedlichen Beziehungen zwischen den Demokratien festigen.“*

In interdependenten Beziehungen existieren zumeist gemischte Interessen, die teils auf Konkurrenz, teils auf Kooperation hingehen. Demokratien befinden sich also mit anderen Demokratien in einem sehr intensiven Wettbewerb, der ihre Wohlfahrtsinteressen erheblich beeinträchtigen kann oder zumindest in dieser Weise wahrgenommen werden könnte. Die normative Integration der konstruktivistischen DF-These (Hypothese 2) tritt dann mit dem rationalistischen Interessenkalkül der Bürgerinnen und Bürger in Gegensatz: der demokratische Partnerstaat wird als Konkurrent statt als Kooperationspartner eingestuft (Thurrow 1992). Die mit dem Interdependenzwachstum steigende Kommunikations- und Informationsdichte mag auch unterschiedliche Ausprägungen der demokratischen Merkmale deutlicher hervortreten lassen – die Variationen demokratischer Systeme sind ja beträchtlich (Schmidt 1997); auf der Grundlage wettbewerblicher Interessendifferenzen kann sich hieraus ein Abgrenzungsdiskurs ergeben, in dem nicht mehr die gemeinsamen, sondern die trennenden Züge von Demokratie im Mittelpunkt stehen.⁷ Die ambivalente Rolle Japans im amerikanischen Weltbild (und vice versa) ist ein Hinweis auf diesen Mechanismus, wenngleich das Beispiel auch zeigt, dass mehr hinzutreten muss, um eine gewaltsame Auseinandersetzungen in den Bereich des Möglichen treten zu lassen.

Antinomie 17b): „Minderwertige Konkurrenten“

Diese Antinomie ist eine Variante der monadischen Antinomie 4a „Feindbild durch Interdependenz“, die dadurch verstärkt wird, dass die in der dyadischen Theorie vorausgesetzte, kollektive Identitätsbildung Ausgrenzungen produziert. Die sich zwischen demokratischen und nichtdemokratischen Staaten bildende Mixtur gemeinsamer und

⁷ Ich verdanke diesen Gedanken Simone Wisotzki und Niklas Schörnig.

wettbewerblicher Interessen wird durch die zwischen den Demokratien ablaufenden kollektiven Identitätsbildungen und die daraus erfolgenden Abgrenzungsprozesse gegenüber den Nichtdemokratien akzentuiert; für Konflikte zwischen Demokratien und Nichtdemokratien entsteht so ein fördernder interpretativer Hintergrund.

Antinomie 18: a) „Closed club“

Aus Hypothese 8: *„Demokratien erkennen andere Demokratien als ihren Interessen und normativen Orientierungen nach auf Frieden hin orientiert. Sie entwickeln daher Internationale Organisationen mit anderen Demokratien, wodurch sich die friedlichen Beziehungen zwischen den Demokratien festigen.“*

Diese Hypothese modifiziert nur jeweils Antinomien (6) und (7) durch den Verstärker-Effekt der Internationalen Organisation.

Es ist damit zu rechnen, dass die Abgrenzungs- und Feindbildungsprozesse gegenüber Nichtdemokratien (vgl. Hypothese 6) durch die „Ingroup-Kommunikation“ innerhalb der Internationalen Organisation der Demokratien noch verstärkt werden. Sofern die demokratische Verfasstheit Eintrittsbedingung für die Organisation darstellt, ist dieser Prozess bereits im Wesen der Organisation angelegt. Die Existenz von diversen Organisationen, die jeweils dieselben Mitgliedsländer – oder Subsets daraus, ohne Beteiligung von Nichtdemokratien umfassen, verstärken Spaltungen zur nichtdemokratischen Welt eher als sie zu mildern (Kriesberg 1997: 3–18, hier: 15).

Antinomie 18b): „Kartell der Demokratien“

Die in Hypothese 7 angelegte Antinomie wird dann durch Internationale Organisation verstärkt, wenn sich Demokratien in – vermutlich regionalen – Organisationen zusammenschließen, um diese Interessen gegenüber denen von Nichtdemokratien gemeinsam zu verfolgen. Während die Internationale Organisation ganz im Sinne der Hypothese 6 die „Sicherheitsgemeinschaft“ zwischen ihren Mitgliedern festigt, entstehen gegenüber der konkurrierenden Organisationen Inklusions-/Exklusionsprozesse, die spannungstreibend wirken können.

6.2 Widerspruch zwischen zwei Hypothesen

Antinomie 19: „Der Partner als Peiniger“

Hypothese 6: *„Demokratien erkennen andere Demokratien als ihren Interessen und normativen Orientierungen nach auf Frieden hin orientiert. Sie streben daher nach friedlichen Beziehungen mit anderen Demokratien.“*

versus

Hypothese 7: *„Demokratien erkennen andere Demokratien als ihren Interessen und normativen Orientierungen nach auf Frieden hin orientiert. Sie entwickeln daher enge Interdependenzen mit anderen Demokratien, wodurch sich die friedlichen Beziehungen zwischen den Demokratien festigen.“*

Die beiden Hypothesen können in dem Maße in Konflikt geraten, in dem wachsende Interdependenzen zwischen den demokratischen Gesellschaften, vor allem in der Wirtschaft, den demokratischen Institutionen Entscheidungsmöglichkeiten über politische Felder entzogen werden, die von den Bürgerinnen und Bürger als essenziell für Wohlfahrt und Unabhängigkeit empfunden werden. Diese Felder reichen von der Fiskal- über die Sozial- zur Umweltpolitik. Tiefe, aber unregelte Interdependenzen können dazu führen, dass Entscheidungen in einer Demokratie die Lage in einem Partnerland massiv beeinflussen, etwa verschlechtern. Solche Erfahrungen – vor allem, wenn sie sich auf Grund wachsender Interdependenzen häufen – enthalten das Risiko, dass der in Hypothese 6 behauptete Identifikationseffekt mit dem Partner gestört wird; er wird dann nicht in erster Linie als Schwesterndemokratie etikettiert, sondern als Verursacher der nationalen Misere. Denkbar ist ebenfalls, dass Forderungen aufkommen, durch ein Begrenzen der Interdependenz die Interdependenzverluste zu minimieren und nationale Entscheidungskompetenz zurückzugewinnen. Der Protektionismus nährt sich aus diesem Mechanismus (Rieger/Leibfried 1997: 771–796).

Antinomie 20: „Die Angst vor Brüssel“

Hypothese 6: *„Demokratien erkennen andere Demokratien als ihren Interessen und normativen Orientierungen nach auf Frieden hin orientiert. Sie streben daher nach friedlichen Beziehungen mit anderen Demokratien.“*

versus

Hypothese 8: *„Demokratien erkennen andere Demokratien als ihren Interessen und normativen Orientierungen nach auf Frieden hin orientiert. Sie entwickeln daher Internationale Organisationen mit anderen Demokratien, wodurch sich die friedlichen Beziehungen zwischen den Demokratien festigen.“*

Hypothese 6 gründet sich auf der Reflexivität der Demokratie, d.h. das Bewusstsein der Wertigkeit und Wichtigkeit der eigenen demokratischen Orientierungen und Institutionen. Dieses Selbstbewusstsein der Demokratien und ihrer Bürgerinnen und Bürger enthält das Potenzial, sich gegen die Vertiefung der zwischenstaatlichen Organisation selbst zwischen den Demokratien zu wenden. Die Furcht vor der Entsubstanziierung der eigenen demokratischen Institutionen durch die Verlagerung von Souveränität auf die Ebene internationaler Organisationen veranlasst dann die Bürger und ihre Repräsentanten dazu, essenzielle Entscheidungen dem nationalen Souverän vorzubehalten; die Problematik ist besonders pointiert aus den Debatten über die Weiterentwicklung der Europäischen Union bekannt (Zürn 1998; Scharpf 1993: 165–185). Zwar setzt die Gegenbewegung gegen die Integration in homonomen Organisationen vermutlich später ein als gegen die in heteronomen (s. Widerspruch von 3 gegen 5). Aber auch in letzteren führt sie dazu, Integrationsprozesse anzuhalten oder gar zurückzuführen. Die Entwicklung der Sicherheitsgemeinschaft der Demokratien bleibt dann auf halbem Wege stehen. Dies ist die Umkehr der Antinomie, die aus dem Widerspruch zwischen 1 und 5 entsteht.

Antinomie 21: „Kooperation ja, aber nicht mit jedem“

Hypothese 7: *„Demokratien erkennen andere Demokratien als ihren Interessen und normativen Orientierungen nach auf Frieden hin orientiert. Sie entwickeln daher enge Interdependenzen mit anderen Demokratien, wodurch sich die friedlichen Beziehungen zwischen den Demokratien festigen.“*

versus

Hypothese 8: *„Demokratien erkennen andere Demokratien als ihren Interessen und normativen Orientierungen nach auf Frieden hin orientiert. Sie entwickeln daher Internationale Organisationen mit anderen Demokratien, wodurch sich die friedlichen Beziehungen zwischen den Demokratien festigen.“*

Die Entwicklung von Interdependenz ist ein allgemeines Kennzeichen sich globalisierender wirtschaftlicher Beziehungen. Der dyadischen Theorie zufolge geschieht dies besonders dynamisch zwischen Demokratien, parallel zum Aufbau und der Verdichtung ihrer internationalen Organisation. Die politische Stoßrichtung der Organisation kann darauf abzielen, die Interdependenzentwicklung dahingehend zu kanalisieren, dass lediglich Beziehungen zwischen den Demokratien gefördert, diejenige zu Nichtdemokratien – oder bestimmten Nichtdemokratien – jedoch behindert, die politischen Beziehungen belastet und Konflikte verschärft werden. Hieraus entsteht eine neues Spannungspotenzial. Die Auseinandersetzungen über den Osthandel (Mastanduno 1992) oder den wirtschaftlichen Austausch mit „Schurkenstaaten“ (Wehling 1999: 134–143) fallen in diese Kategorie.

7. Ambivalente Kausalmechanismen und Antinomien: Eine Typologie

Der Vergleich der hier diskutierten Antinomien deutet darauf hin, dass sie überwiegend oder sogar ausschließlich auf eine wesentlich kleinere Zahl von sozialen und politischen Kausalmechanismen verweisen, die im Folgenden noch einmal aufgelistet werden sollen. Diese Liste wurde rein induktiv gewonnen, ihr liegt noch keine Theorie zu Grunde.

Inklusions-/Exklusion: Diese vorwiegend im sozial-konstruktivistischen Begründungsstrang angesiedelte Dynamik scheint am häufigsten hinter Antinomien zu stehen. Der demokratische Frieden ist in beiden Varianten die Folge der bewussten Selbstvergewisserung der Demokratien. Nur eine sich ihrer institutionellen und normativen Vorzüge selbst bewusste demokratische „Polity“ wird die in der monadischen Variante prognostizierte friedliche Außenpolitik gewissermaßen strategisch betreiben oder die in der dyadischen Variante geforderten wechselseitigen Identifizierungsprozesse leisten können. In beiden Fällen tritt unweigerlich aber auch die Identifizierung von Nichtdemokratien als anders und – moralisch sowie hinsichtlich der angestrebten Friedenswirkungen – letztendlich „minderwertig“ ein. Die dyadische Theorievariante reflektiert diesen – entlang normativen Identitätsdiskursen verlaufenden – Prozess explizit, er läuft auch ihrer Grundhypothese – Frieden zwischen den Demokratien – keineswegs entgegen, sie schweigt sich aber über die Nebenwirkung- eine u.U. drastisch verstärkte

Konfliktneigung der Demokratien gegenüber Nichtdemokratien aus. Auch wieso der Inklusions-/Exklusionsprozess die auch in der dyadischen Variante unterstellten übrigen Kausalmechanismen neutralisieren kann, bedarf im Rahmen dieser Theorievariante der Erklärung. Für die monadische Variante ist dieser Prozess noch gravierender, konkretisiert er doch die Friedenswirkung der Demokratie *erga omnes*, die den Kern dieser Theorievariante ausmacht. („A deepening sense of community in the advanced industrial world would impede the formation of a universal international society between states“ [Brown 2000: 91–102; vgl. auch Russett/Oneal 2001: 267f.].)

Konfliktverschärfende Folgen wettbewerblicher Strukturen: Solche – auf Rational Choice basierende Strukturen spielen in drei Kausalargumenten und den darauf gründenden „Hypothesen“ eine Rolle:

- im Rational Choice-Modell des strategischen Kalküls, dem stets die Vorstellung einer Wettbewerbsstruktur zu Grunde liegt;
- im institutionalistischen Modell, da der demokratische Wettbewerb sowie die Rechte, die ihn absichern – wie Koalitionsfreiheit, Meinungsfreiheit etc. – die Voraussetzung für alle DF-Hypothesen bildet;
- im Argument der Interdependenz, da die Ausbildung von Interdependenzen ohne Markt und somit ohne Wettbewerb nicht möglich ist.

Die vom Wettbewerb begünstigten Prozesse sind jedoch ambivalent. Wettbewerb kann Interesse an der kooperativen Erarbeitung von Rahmenregeln wecken oder zur friedlichen Transformation von Konflikten führen. Er kann indes auch Interessengegensätze stärker herausprofilieren und somit selbst zu Inklusions-/Exklusionsdynamiken führen oder vorhandene verstärken. Wettbewerbliche Strukturen bieten überdies auf Grund ihrer nichthintergehbaren Offenheit konfliktiven, auch gewaltbereiten Interessen ein Forum zur Mobilisierung und ein Instrument zur Interessendurchsetzung.

Die Ambivalenz der Dynamik, die durch utilitaristische Kosten/Nutzen-Kalküle ausgelöst wird; auch dieser Typus wurzelt in der Argumentation von Rational Choice. Ein gegebenes Kosten/Nutzen-Kalkül führt nicht nur zur entsprechenden Wahl zwischen vorhandenen Optionen, sondern langfristig zu dem Versuch, die Kosten zu mindern und den Nutzen zu mehren. Aus diesem Grund ist es nicht zweifelsfrei zwingend, dass die Präferenz der Bürger für die Vermeidung von Kriegskosten und Kriegskosten, wie Kant annahm, sich unter allen denkbaren Rahmenbedingungen in die Befürwortung friedlichen Außenverhalten ihres Staates umsetzt. Unter geeigneten technischen Voraussetzungen könnte diese rationalistische Motivation der Bürgerinnen und Bürger in einer Demokratie auch zu dem Wunsch führen, bessere Waffen und Blitzkriegstrategien zu entwickeln. Damit wird die ursprüngliche Motivation, Krieg zu vermeiden und Frieden zu fördern, neutralisiert. Zwar ist diese Mechanik nur in einem einzigen Kausalstrang wirksam, sie ist aber – gerade für den Bereich Rüstungsdynamik/Rüstungskontrolle – darüber hinaus für die Kriegs/Friedensneigung der Demokratien äußerst gravierend.

Entdemokratisierungstendenzen durch Entscheidungsverlagerung: Diese – vieldiskutierte, institutionalistisch verortete – Entwicklung im Zuge der Globalisierung ist für den DF von wesentlicher Bedeutung. Die Entdemokratisierung von Entscheidungen, sei es durch die Wirkungen von Interdependenz, sei es durch die Entscheidungsbefugnisse Internationaler Organisationen, im Klartext: zumeist der nationalen Exekutiven,

greifen den DF gleich an mehreren Punkten an: Ungeregelte Interdependenzen können erheblich zur Verfeindung beitragen sowie die Neigung mindern, solche wechselseitigen Abhängigkeitsbeziehungen überhaupt einzugehen. Entscheidungsverlagerung mindert die Legitimität der nationalen demokratischen Institutionen und hemmt die Motivation bei Bürgerinnen und Bürgern, die nationale Teilnahme an internationalen Organisationen zu tolerieren oder gar zu fordern. Im Extremfall können die normativen und institutionellen Kausalitätsmechanismen des demokratischen Friedens in beiden Varianten langfristig außer Wirkung gesetzt werden.

Im Folgenden⁸ werden die zuvor diskutierten Antinomien danach klassifiziert, unter welche dieser vier Prozesstypen sie fallen. Sie werden zudem einer vorläufigen Einschätzung nach Eintrittswahrscheinlichkeit und Relevanz unterzogen. Es ergibt sich folgende Klassifikation:

Übersicht: Antinomien des Demokratischen Friedens nach Typ und Relevanz

Erläuterung:

– *Eintrittswahrscheinlichkeit:*

o: *obligat:* Eintritt des Widerspruchs hoch wahrscheinlich

f: *fakultativ:* Eintritt des Widerspruchs möglich

– *Wirkungsstärke:*

a: *aufhebend:* Antinomie kann zu einem Aufheben des DF führen

g: *gefährdend:* Antinomie kann die Wirkungsweise der dem DF zu Grunde liegenden Mechanismen gefährden

h: *hemmend:* Antinomie verweist auf dem DF gegenläufige Prozesse, die seine Wirkungsmechanismen abschwächen

d: *Drittwirkung:* Beziehungen zwischen Demokratien werden nicht gefährdet, aber das Konflikt- und Kriegspotenzial gegenüber Nichtdemokratien wird verschärft.

Die Einstufungen beruhen auf den Ableitungen, wie sie oben ausgeführt worden sind. Sie sind keine empirischen Aussagen, sondern bedürfen vielmehr der empirischen Prüfung.

Laufende Nummer der Antinomie	Kurzbezeichnung der Antinomie	Inklusion/ Exklusion	Wettbewerbliche Struktur	Kosten/ Nutzen- Kalkül	Entscheidungs- verlagerung	Obligate oder fakultative Antinomie	DF aufhebend (a) gefährdend (g) hemmend (h) Drittwirkung (d)
A _{1a}	Rüstung zur Opfervermeidung	–	–	+	–	o	a
A _{1b}	Demokratische Rüstungseffizienz	–	+	+	–	f	g
A ₂	Gewaltsamer „Demokratieexport“	+	–	–	–	f	d
A ₃	Durchsetzung von Sektoralinteressen	–	+	–	–	o	h
A _{4a}	Feindbild durch Interdependenz	+	+	+	–	f	h
A _{4b}	Destabilisierung durch Globalisierung	–	+	+	–	f	a

⁸ Die folgenden Ausführungen beruhen auf Vorschlägen von Niklas Schörnig.

Laufende Nummer der Antinomie	Kurzbezeichnung der Antinomie	Inklusion/ Exklusion	Wettbewerbliche Struktur	Kosten/ Nutzen- Kalkül	Entscheidungs- verlagerung	Obligate oder fakultative Antinomie	DF aufhebend (a) gefährdend (g) hemmend (h) Drittwirkung (d)
A ₅	Sicherheitsdilemma durch Sicherheitsgemeinschaft	+	-	-	-	f	d
A _{6(a)}	Kosten des „gerechten“ Krieges“	-	-	+	-	f	a
A _{6(b)}	Kein neuer Hitler	+	-	-	-	f	d
A ₇	Macht der Propaganda	+	-	+	-	f	a
A ₈	Sicherheit statt Handel	+	-	+	-	f	h
A ₉	Sachzwang der Sicherheitsgemeinschaft	-	-	-	+	f	g
A ₁₀	Macht der Medien	+	+	-	-	f	a
A ₁₁	„Don't touch them, they're dirty“	+	-	-	-	f	d
A ₁₂	„No dirtbags in our club“	+	-	-	-	f	d
A ₁₃	Keine Arbeitsplätze nach China	-	+	+	-	f	h
A ₁₄	„Don't trust the UN“	-	-	-	+	f	g
A ₁₅	„Demokratische Clubs sind besser“	+	-	-	-	f	d
A ₁₆	Verstärkung des „we and them“	+	-	-	-	f	d
A _{17(a)}	„Die sind ja doch anders ...“	-	+	-	-	f	g
A _{17(b)}	Minderwertige Konkurrenten	+	+	-	-	f	g
A _{18(a)}	„Closed Club“	+	-	-	-	f	d
A _{18(b)}	„Kartell der Demokratien“	+	-	-	-	f	d
A ₁₉	Der Partner als Peiniger	-	+	-	-	f	h
A ₂₀	Die Angst vor Brüssel	-	-	-	+	f	h
A ₂₁	Kooperation ja, aber nicht mit jedem!	+	+	-	-	f	h

Die größte Brisanz liegt danach wahrscheinlich in der gegenwärtig beobachtbaren Tendenz, Risiken und Kosten des Krieges durch gezielte Rüstungsanstrengungen zu mindern. Ohne korrigierende Anstrengungen – etwa im Bereich Rüstungskontrolle und Abrüstung – droht hier ein wichtiger Pfeiler friedlichen Außenverhaltens der Demokratien zu bröckeln. Bedenkt man die synergetischen Effekte, die gezielte Manipulation der Öffentlichkeit ausüben kann („Macht der Propaganda“, „Macht der Medien“) und die schärferen Formen von Inklusions-/exklusionsprozessen ausüben können, so scheint zumindest die Friedensfähigkeit der Demokratien gegenüber Nichtdemokratien in Fra-

ge zu stehen, eine Vermutung, die durch die empirischen Befunde, wie eingangs erwähnt, durchaus bestätigt zu werden scheint.

8. Schluss

Die Theorien vom demokratischen Frieden beruhen auf einer komplexen kausalen Argumentation, die sich letztlich eklektisch aus verschiedenen Sozial- und Politiktheorien bedient. Dennoch kommt sie zu klaren Aussagen über Ursache-Wirkungs-Beziehungen, die eine lineare Kausalität zwischen der Form der politischen Verfassung – Demokratie – und dem Außenverhalten von Staaten – Frieden – reklamieren.

Eine Detailanalyse der unterstellten Kausalitätsmechanismen jedoch bricht die Vorstellungen von Klarheit und Linearität auf. Sie stößt auf gegenläufige Dynamiken, die den Demokratischen Frieden der Tendenz nach konterkarieren. Die Kausalitätsannahmen der Theorie sind damit nicht vollständig ausgehebelt. Die Argumentation bleibt plausibel. Sie ist aber relativiert.

Im Verhältnis von Demokratien zu Nichtdemokratien hat sich sogar ergeben, dass Demokratien – durchaus der inneren Logik der Theorie gemäß – spezifische, zum teil sehr kräftige Konfliktmotivationen entwickeln, die auch zum gewaltsamen Austrag drängen können. Die Selbstreflexion der demokratischen „Polity“ bedarf der ständigen kritischen Beigabe, damit sich die Hybris der moralischen und institutionellen Überlegenheit nicht in eine dramatische und gewalthaltige Feindbildentwicklung und Ausgrenzungsdynamik umsetzt.

Im Verhältnis der Demokratien zueinander sind Antinomien schwächer ausgeprägt, aber vorhanden. Sie bedürfen einer ständigen Bearbeitung, um ihre Wirkung einzuhegen und Erosionserscheinungen der „Sicherheitsgemeinschaft“ zu wehren. Das Dilemma, dass die Interdependenz- und Organisationsfreudigkeit der Demokratien mit der nationalen Souveränität auch die institutionellen Grundlagen des demokratischen Friedens zu erodieren droht, harrt noch der Lösung.

Diese Untersuchung hat sich der inneren Kohärenz der Theorien vom demokratischen Frieden gewidmet und aus deren endogenen Strukturen die ihnen innewohnenden Antinomien abzuleiten versucht. Als nächstes gilt es, systematisch zu prüfen, unter welchen Rahmenbedingungen sich diese Antinomien – im Widerstreit zu den in den Theorien angelegten, friedensfördernden Dynamiken – entfalten.

Literatur

- Archibugi, Daniele/Held, David* (Hrsg.), 1995: *Cosmopolitan Democracy. An Agenda for a New World Order*, Cambridge.
- Benoit, Kenneth*, 1996: Democracies really are more pacific (in general), in: *Journal of Conflict Resolution* 40, 636–657.
- Birckenbach, Hanne-Margret*, 2000: *Citizenship oder Hospitalität. Was sind Weltbürgerrechte?*, in: *Menzel, Ulrich* (Hrsg.), *Vom Ewigen Frieden und vom Wohlstand der Nationen*, Frankfurt a.M., 262–290, hier 263–267.
- Blechman, Barry/Kaplan, Stephen*, 1978: *Force Without War: U.S. Armed Forces As A Political Instrument*, Washington, D.C.

- Bremer, Stuart*, 1992: Dangerous Dyads: Conditions Affecting the Likelihood of Interstate War, 1816–1965, in: *Journal of Conflict Resolution* 36, 309–341.
- Brock, Lothar*, 1999: Normative Integration und kollektive Handlungskompetenz auf internationaler Ebene, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 6, 323–348.
- Brock, Lothar/Albert, Mathias*, 1995: Entgrenzung der Staatenwelt. Zur Analyse weltgesellschaftlicher Entwicklungstendenzen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2, 259–285
- Brown, Chris*, 2000: The ‚English School‘: International Theory and International Society, in: *Albert, Mathias/Brock, Lothar/Wolf, Klaus Dieter* (Hrsg.), *Civilizing World Politics. Society and the Community Beyond the State*, Lanham u.a., 91–102.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Siverson, Randolph M.*, 1998: War and the Survival of Political Leaders: A Comparative Study of Regime Types and Political Accountability, in: *Siverson, Randolph M.* (Hrsg.), *Strategic Politicians, Institutions, and Foreign Policy*, Ann Arbor.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Morrow, James D./Siverson, Randolph M./Smith, Alastair*, 1999: An Institutional Explanation of the Democratic Peace, in: *American Political Science Review* 93, 791–807.
- Czempiel, Ernst-Otto*, 1981: *Internationale Beziehungen. Ein Konfliktmodell*, München.
- Czempiel, Ernst-Otto*, 1986: *Friedensstrategien. Systemwandel durch Internationale Organisationen, Demokratisierung und Wirtschaft*, Paderborn.
- Czempiel, Ernst-Otto*, 1996: Kants Theorem. Oder: Warum sind Demokratien (noch immer) nicht friedlich?, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3, 79–102.
- Czempiel, Ernst-Otto*, 1999: Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, Teil II, München, 136–41.
- Dahmer, Kerstin*, 1997: *Parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Gewaltanwendung. Eine Studie zur Entstehung und Wirkung des amerikanischen Kriegsvollmachtengesetzes von 1973–1996 mit besonderer Berücksichtigung des Iran-Irak-Krieges*, Frankfurt a.M. u.a.
- Downs, Anthony*, 1957: *An Economic Theory of Democracy*, New York.
- Doyle, Michael W.*, 1997: *Ways of War and Peace. Realism, Liberalism, and Socialism, Part 2.*, New York/London.
- Elman, Miriam Fendius* (Hrsg.), 1997: *Paths to Peace. Is Democracy the Answer?*, Washington, D.C., CSIA Studies in: *International Security*.
- Freedman, Lawrence*, 1998: *The Revolution in Strategic Affairs*, Adelphi Papers 318, London.
- Fuchs-Heinritz, Werner*, u.a., 1994: *Lexikon zur Soziologie. 3., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage*, Opladen, 46.
- Galtung, Johan*, 1996: Democracy: dictatorship = peace:war?, in: *Peace by Peaceful Means: Peace and Conflict, Development, and Civilization*, London, 49–59.
- Gartner, Scott Sigmund/Myers, Marissa Edson*, [Jahr]: Body Counts and „Success“ in the Vietnam and Korean Wars, in: *Journal of Interdisciplinary History* 25, 377–395.
- Gartner, Scott Sigmund*, u.a., 1997: All Politics are Local: Local Losses and Individual Attitudes toward The Vietnam War, in: *Journal of Conflict Resolution* 41, 649–668.
- Gaubatz, Kurt Taylor*, 1996: Democratic States and Commitment in International Relations, in: *International Organization* 50, 109–139.
- Geis, Anna*, 2001: Diagnose: Doppelbefund – Ursache: ungeklärt? Die Kontroversen um den „demokratischen Frieden“, in: *Politische Vierteljahresschrift* 42, 283–298.
- Gelpi, Christopher*, 1997: Democratic Diversions: Governmental Structure and the Externalization of Domestic Conflict, in: *Journal of Conflict Resolution* 41, 255–282.
- Gershman, Carl*, 1979: Selling Them the Rope, in: *Commentary* 72, 35–45.
- Gleditsch, Nils Peter*, 1992: Democracy and Peace, in: *Journal of Peace Research* 29, 369–376.
- Gleditsch, Nils Petter/Hegre, Havard*, 1997: Peace and Democracy. Three Levels of Analysis, in: *Journal of Conflict Resolution* 41, 283–310.
- Greider, William*, 1997: *One World Ready or Not: The Manic Logic of Global Capitalism*, New York.
- Greven, Michael Th.*, 1993: Ist die Demokratie modern? Zur Rationalitätskrise der politischen Gesellschaft, in: *Politische Vierteljahresschrift* 34, 399–413.

- Greven, Michael Th. (Hrsg.), 1998: Demokratie – eine Kultur des Westens. 20. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Opladen.
- Habermas, Jürgen, 1999: Bestialität und Humanität, in: *Die Zeit* vom 29.4.1999.
- Hanf, Theodor (Hrsg.), 1999: Watching Democracy at Work. Writing State of Democracy Assessments and Organising Election Observation. A Practical Guide, Teil 1, Freiburg i.Br.
- Hasenclever, Andreas, 2001: Die Macht der Moral in der internationalen Politik. Militärische Interventionen westlicher Demokratien: Somalia, Ruanda und Bosnien-Herzegowina. Frankfurt a.M.
- Hasenclever, Andreas, u.a., 1997: Theories of International Regimes, Cambridge.
- Hippler, Jochen (Hrsg.), 1994: Demokratisierung der Machtlosigkeit – Politische Herrschaft in der Dritten Welt, Amsterdam.
- Honderich, Ted (Hrsg.), 1995: The Oxford Companion to Philosophy, Oxford/New York, 40.
- Kaiser, André, 1997: Types of Democracy. From Classical to New Institutionalism, in: *Journal of Theoretical Politics* 9, 419–444.
- Kegley, Charles/Hermann, Margaret, 1996: How Democracies Use Intervention: A Neglected Dimension in Studies of the Democratic Peace, in: *Journal of Peace Research* 33, 309–322.
- Keohane, Robert O., 1984: After Hegemony, Princeton/NJ.
- Kielmansegg, Peter Graf, 1996: Integration und Demokratie, in: *Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate* (Hrsg.), Europäische Integration, Opladen, 47–72.
- Kitschelt, Herbert, 1986: Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Social Movements And Political Opportunities in Four Democracies, in: *British Journal of Political Science* 16, 57–85.
- Klare, Michael, 1995: Rogue States and Nuclear Outlaws: America's Search for a New Foreign Policy, New York.
- Korren, David, 1996: When Corporations Rule the World, West Hartford/San Francisco.
- Kriesberg, Louis, 1997: Social Movements and Global Transformation, in: *Smith, Jackie* et al. (Hrsg.), Transnational Social Movements and Global Politics, Solidarity Beyond the State, Syracuse, 3–18, hier 15.
- Kubbig, Bernd W., u.a., 2000: Unilateralismus als alleinige außenpolitische Strategie? Die amerikanische Politik gegenüber UNO, NATO und der Chemiewaffen-Organisation in der Ära Clinton, Frankfurt a.M.
- Kutschera, Franz v., 1971: Antinomie, in: *Ritter, Joachim* (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 1. – A-C. –, Basel, 394–406.
- Layne, Christopher, 1994: Kant or Cant. The Myth of Democratic Peace, in: *International Security* 19 (2), 5–49.
- Leeds, Brett Ashley/Davis, David R., 1997: Domestic Political Vulnerability and International Disputes, in: *Journal of Conflict Resolution* 41, 814–834.
- Levy, Jack S., 1989: The Causes of War: A Review of Theories and Evidence, in: *Tetlock, Philip E.* et al. (Hrsg.), Behavior, Society, and Nuclear War, New York, 174–208.
- Levy, Jack S., 1998: Domestic Politics and War, in: *Journal of Interdisciplinary History* 18, 653–677, hier 661f.
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred, 1996: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Baltimore/London, xiii, Anm. 2.
- Linz, Juan J./Valenzuela, Arturo (Hrsg.), 1994: The Failure of Presidential Democracy, 2 Bde., Baltimore/London.
- Litwak, Robert S., 2000: Rogue States and U.S. Foreign Policy. Containment after the Cold War, Baltimore, Md.
- Lunch, William M./Sperlich, Peter M., 1979: American Public Opinion and the War in Vietnam, in: *Western Political Quarterly* 32, 221–244.
- Mansfield, Edward/Snyder, Jack, 1995: Democratization and the Danger of War, in: *International Security* 20, 5–38.
- Maoz, Zeev, 1997: The Controversy over the Democratic Peace: Reargard Action or Cracks in the Wall?, in: *International Security* 22 (1), 162–198.

- Maoz, Zeev/Russett, Bruce*, 1992: Alliance, Contiguity Wealth and Political Stability: Is the Lack of Conflict Between Democracies a Statistical Artifact?, in: *International Interactions* 17, 245–267.
- Mastanduno, Michael*, 1992: Economic Containment. CoCom and the Politics of East-West-Trade, Ithaca/London.
- Mercer, Jonathan*, 1995: Anarchy and Identity, in: *International Organization* 49, 229–252.
- Merkel, Wolfgang*, 1996: Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften, in: *Beyme, Klaus von/Offe, Claus* (Hrsg.), *Politische Theorien in der Ära der Transformation*, *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft* 26, Opladen, 30–58.
- Merkel, Wolfgang*, 1998: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen.
- Merkel, Wolfgang/Croissant, Aurel*, 2000: Formale und informale Institutionen in defekten Demokratien, in: *Politische Vierteljahresschrift* 41, 3–30.
- Merkel, Wolfgang/Puble, Hans-Jürgen*, 1999: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade, Opladen.
- Mesquita, Bruce Bueno del/Lalman, David*, 1992: War and Reason, New Haven, Conn.
- Meyer, Peter*, 1999: War der Krieg der NATO gegen Jugoslawien moralisch gerechtfertigt? Die Operation „Allied Force“ im Lichte der Lehre vom gerechten Krieg, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 6, 287–322.
- Mitrany, David*, 1944: A Working Peace System. An Argument for the Functional Development of International Organization, London.
- Mittelstraß, Jürgen* (Hrsg.), 1980: Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie, Bd. 1, B.I.-Mannheim/Zürich, 31–35.
- Morgan, Clifton/Bicker, Benneth*, 1992: Domestic Discontent and the External Use of Force, in: *Journal of Conflict Resolution* 36, 25–52.
- Mueller, John E.*, 1970: Presidential Popularity from Truman to Johnson, in: *American Political Science Review* 64, 18–34.
- Mueller, John E.*, 1973: War, Presidents And Public Opinion, New York.
- Mueller, John E.*, 1994: Policy and Opinion in the Gulf War, Chicago.
- Müller, Harald*, 1993: Die Chance der Kooperation. Regime in den Internationalen Beziehungen, Darmstadt.
- Müller, Harald*, 1993: Verrechtlichung, Innen- und Außenpolitik, in: *Wolf, Klaus-Dieter* (Hrsg.), *Internationale Verrechtlichung. Jahresschrift für Rechtspolitikologie*, Pfaffenweiler, 59–82.
- O'Hanlon, Michael*, 1998/99: Can High Technology Bring U.S. Troops Home?, in: *Foreign Policy* 113, 72–86.
- Olson, Mancur*, 1968: Theorie des Kollektiven Handelns, Tübingen.
- Oneal, John R./Oneal, Frances H./Maoz, Zeev/Russett, Bruce*, 1996: The Liberal Peace: Interdependence, Democracy, and International Conflict 1950–1985, in: *Journal of Peace Research* 33 (1), 11–28.
- Oneal, John R./Ray, James Lee* 1997: New Tests of the Democratic Peace: Controlling for Economic Interdependence, 1950–1980, in: *Journal of Peace Research* 33 (1), 11–28.
- Owen, John M.*, 1994: How Liberalism Produces Democratic Peace, in: *International Security* 19, 87–125.
- Owen, John M.*, 1997, *Liberal Peace, Liberal War: American Politics and International Security*, Ithaca/New York.
- Precht, Peter/Burkard, Franz Peter* (Hrsg.), 1999: Metzler Philosophie Lexikon. Begriffe und Definitionen, 2., erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart/Weimar, 33.
- Ray, James Lee*, 1995: Democracy and International Conflict. An Evaluation of the Democratic Peace Proposition, Columbia, S.C.
- Ray, James Lee*, 1997: The Democratic Path to Peace, in: *Journal of Democracy* 8 (2), 49–64.
- Remacle, Eric*, 2000: La guerre comme instrument de l'imperium démocratique, in: *de la Gorce, Paul-Marie* (Hrsg.), *Les Etats-Unis s'en vont-ils en guerre?*, Brüssel, 55–63.
- Rieger, Elmar/Leibfried, Stephan*, 1997: Die sozialpolitischen Grenzen der Globalisierung, in: *Politische Vierteljahresschrift* 38, 771–796.
- Riker, William H.* 1982: *Liberalism against Populism*, San Francisco.

- Risse-Kappen, Thomas*, 1995: Democratic Peace-Warlike Democracies? A Social Constructivist Interpretation of the Liberal Argument, in: *European Journal of International Relations* 1 (4), 491–517.
- Rittberger, Volker*, 1987: Zur Friedensfähigkeit von Demokratien: Betrachtungen zur politischen Theorie des Friedens, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 44, 3–12.
- Robinson, William I.*, 1996: *Promoting Polyarchy. Globalization, US Intervention, and Hegemony*, Cambridge.
- Rode, Reinhard*, 1984: Osthandel und Entspannung, in: *Rode, Reinhard/Jacobsen, Hanns D.* (Hrsg.), *Wirtschaftskrieg oder Entspannung? Eine politische Bilanz der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen*, Bonn, 9–23.
- Rousseau, David*, u.a., 1993: Assessing the Dyadic Nature of the Democratic Peace, in: *American Political Science Review* 90, 512–534.
- Ruggie, John Gerard* (Hrsg.), 1983: *The Antinomies of Interdependence: National Welfare and the International Division of Labour*, New York.
- Rummel, Rudolph J.*, 1979: *Understanding Conflict and War*, Vol. 4, War, Power, Peace, New York.
- Rummel, Rudolph J.*, 1995: Democracies are Less Warlike than Other Regimes, in: *European Journal of International Relations* 1 (4), 457–479
- Russett, Bruce*, 1990: *Controlling the Sword*. Cambridge, Mass.
- Russett, Bruce*, 1993: *Grasping the Democratic Peace. Principles for a Post-Cold War World*, Princeton, NJ.
- Russett, Bruce*, u.a., 1998: The Third Leg of the Kantian Tripod for Peace: International Organization and Militarized Disputes, 1950–1985, in: *International Organization* 52, 441–468.
- Sandkühler, Hans Jörg* (Hrsg.), 1990: *Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften*, Bd. 1, Hamburg, 147.
- Scharpf, Fritz W.*, 1993: Legitimationsprobleme der Globalisierung, in: *Böhret, Carl/Wewer, Göttrik* (Hrsg.), *Regieren im 21. Jahrhundert – Zwischen Globalisierung und Regionalisierung*, Opladen, 165–185.
- Schlotter, Peter*, 1999: *Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution*, Frankfurt a.M.
- Schmalz-Bruns, Rainer*, 1999: Deliberativer Supranationalismus. Demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaates, in *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 6 (2), 185–244.
- Schmidt, Manfred G.*, 1997: *Demokratiethorien*, Opladen.
- Schmidt, Manfred G.*, 1996: Der Januskopf der Transformationsperiode. Kontinuität und Wandel der Demokratiethorien, in: *Beyme, Klaus von/Offe, Claus* (Hrsg.), *Politische Theorien in der Ära der Transformation*, *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft* 26, Opladen, 182–210, hier v.a. 199/200.
- Schmidt, Manfred G.*, 1998: Das politische Leistungsprofil der Demokratien, in: *Greven, Michael Th.* (Hrsg.), *Demokratie – eine Kultur des Westens*. 20. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Opladen, 181–200.
- Schmitter, Philippe C.*, 1995: Von der Autokratie zur Demokratie, in: *Internationale Politik* 60 (6), 47–52.
- Siverson, Randolph M.*, 1995: Democracies and War Participation: In Defense of the Institutional Constraints Argument, in: *European Journal of International Relations* 1 (4), 481–489.
- Siverson, Randolph M./Emmons, Juliann*, 1991: Birds of a Feather. Democratic Political Systems and Alliance Choices, in: *Journal of Conflict Resolution* 35 (2), 285–306.
- Smadja, Claude*, 1998/99: The End of Complacency, in: *Foreign Policy* 113, 67–71.
- Smith, Alistair*, 1996: Diversionary Foreign Policies in Democratic Systems, in: *International Studies Quarterly* 40, 133–154.
- Spiro, David E.*, 1994: The Insignificance of the Liberal Peace, in: *International Security* 19 (2), 50–86, hier 80.
- Stam, A.*, 1996: Win, Lose, or Draw: Domestic Politics and the Crucible of War, Ann Arbor.
- Starr, Harvey*, 1997: Democracy and Integration: Why Democracies Don't Fight Each Other, in: *Journal of Peace Research* 34 (2), 153–162.

- Tanter, Raymond*, 1999: *Rogue Regimes: Terrorism and Proliferation*, New York.
- Tarrow, Sidney*, 1991: Kollektives Handeln und politische Gelegenheitsstruktur in Mobilisierungswellen: Theoretische Perspektiven, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43 (4), 647–670.
- Thurrow, Lester*, 1992: *Head to Head: The Coming Economic Battle among Japan, Europe and America*, New York.
- Webling, Fred*, 1999: Russian Nuclear and Missile Reports to Iran, in: *The Nonproliferation Review* 6, 134–143.
- Weidenfeld, Werner* (Hrsg.), 1996: *Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts*, Berlin.
- Weiss, Linda*, 1999: Globalization and National Governance: Antionmy of Interdependence, in: *Review of International Studies* 25, Special Issue, 59–88.
- Weller, Christoph*, 2000: Collective Identities in World Society, in: *Albert, Mathias/Brock, Lothar/Wolf, Klaus-Dieter* (Hrsg.), *Civilizing World Politics. Society and the Community Beyond the State*, Lanham u.a., 45–68.
- Wild, Michael*, 2000: Verfassungsrechtliche Möglichkeiten und Grenzen für Auslandseinsätze der Bundeswehr nach dem Kosovo-Krieg. Versuch einer Systematisierung, in: *Die Öffentliche Verwaltung* 53 (15), 622–631.
- Wolf, Klaus Dieter*, 2000: The New Raison D’Etat: International Cooperation Against Societies?, in: *Albert, Mathias/Brock, Lothar/Wolf, Klaus Dieter* (Hrsg.), *Civilizing World Politics. Society and the Community Beyond the State*, Lanham u.a., 119–132.
- Zolo, Danilo*, 1996: *Die demokratische Fürsteherrschaft. Für eine realistische Theorie der Politik*, Göttingen.
- Zürn, Michael*, 1998: *Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance*, Frankfurt a.M.